

ERSTER VERHANDLUNGSTAG

DIENSTAG, DEN 10. JULI 1956

(Beginn: 15 Uhr)

*„Leuchte, scheine, goldne Sonne, unserm Vormarsch in die Welt;
uns, die nun im Ausgang stehen, keine Macht noch Fessel hält!“*

Das vorstehende Lied des Arbeiterdichters Heinrich Lersch leitete am 10. Juli 1956 um 15.00 Uhr den Parteitag ein, den siebenten Parteitag der SPD seit 1945 und zugleich den ersten, der seit 54 Jahren wieder in der bayerischen Landeshauptstadt stattfand. 388 Delegierte, 400 Ehrengäste aus dem In- und Ausland und über 300 Journalisten hatten sich im großen Kongreßsaal des Deutschen Museums eingefunden.

Die Stirnseite des Saales zeigte über den mit weißem Tuch bedeckten Vorstandstischen drei große Zackenstümpfe in Schwarz, Rot und Gold, die in den drei großen roten Buchstaben SPD gipfelten. Die Delegierten saßen an langen Tischen, vor ihnen auf Stuhlreihen die Delegierten der ausländischen sozialdemokratischen Parteien und die anderen Ehrengäste.

Auf dem Deutschen Museum selbst, das auf der von der grünen Isar umflossenen Museumsinsel liegt, wehten die Fahnen des Bundes, des Landes, der Stadt München und der deutschen Sozialdemokratie.

ERÖFFNUNG DES PARTEITAGES

Wilhelm Mellies, stellvertretender Vorsitzender der SPD:

Sehr verehrte Anwesende, liebe Gäste, Genossinnen und Genossen! Im Auftrag des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heiße ich Sie alle recht herzlich willkommen. Ich begrüße Sie, Genossinnen und Genossen, die Sie als Delegierte aus unseren Organisationen zu diesem Parteitag entsandt sind.

Als wir uns über den Parteitag 1956 zu verständigen hatten, waren wir uns darüber klar, daß wir diesmal wieder die Mainlinie überschreiten würden. Seit dem Parteitag im Jahre 1947 in Nürnberg war ja in Süddeutschland kein Parteitag mehr gewesen. Der Entscheidung für München haben wir aber auch deshalb gerne zugestimmt, weil bereits 54 Jahre seit dem letzten Parteitag in dieser Stadt verstrichen sind; vom 14. bis 20. September 1902 fand hier in München der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands statt.

Sehr verehrte Anwesende! Ein gutes halbes Jahr nach dem Parteitag im Jahre 1902 erfolgte ein Schritt, der es uns heute ermöglicht, unseren Parteitag hier in diesem herrlichen Saal abzuhalten. Mit dem Datum vom 1. Mai 1903

richtete Oskar von Miller an — wie es in den Dokumenten heißt — „eine kleine Zahl hervorragender Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und maßgebender Männer der Wissenschaft und Technik“ ein Schreiben, in dem er zu einer Sitzung hier in München im Mai 1903 einlud, und in dieser Sitzung trug von Miller den Plan eines naturwissenschaftlich-technischen Museums vor. Aber, verehrte Anwesende, wir sind nicht nur glücklich über den herrlichen Saal, sondern wir sind der Auffassung, daß für die Erörterung des zweiten großen Themas unseres Parteitags, die zweite industrielle Revolution, kein geeigneterer und würdigerer Raum denkbar wäre. Kein Versammlungsraum in der ganzen Bundesrepublik wäre besser geeignet für die Erörterung dieses Problems, als der Saal des naturwissenschaftlich-technischen Museums hier in München.

Genossinnen und Genossen! Auch in diesem Jahr berührt uns besonders schmerzlich die Tatsache, daß unsere Genossinnen und Genossen aus einem Teil Deutschlands nicht an unserem Parteitag teilnehmen können. Wir können ihnen nur die herzlichsten Grüße senden und unsere innige Verbundenheit mit ihnen bekennen. (Starker Beifall.)

Den Sozialdemokraten in der sowjetisch besetzten Zone ist es weder erlaubt, sich als Sozialdemokratische Partei zu organisieren, noch können sie an unseren Veranstaltungen hier teilnehmen. Als wir vor zwei Jahren in Berlin tagten, waren wir den Menschen im Ostsektor der Stadt und in der Zone besonders nahe. Aber sie sollen auch in diesem Jahr davon überzeugt sein, daß für uns die Wiederherstellung der deutschen Einheit die erste Aufgabe ist und bleibt. (Starker Beifall.)

Auf allen Parteitag nach 1945 haben wir mit tiefer innerer Bewegung immer wieder daran erinnern müssen, daß so viele, die Freiheit und Sozialismus auch unter der Diktatur nicht vergessen hatten, in den letzten Jahren dafür in Zuchthäusern und Konzentrationslagern schmachten mußten. Wir freuen uns, daß in den letzten Monaten vielen die Freiheit wiedergegeben wurde. Wir haben einige von ihnen zu unserem Parteitag eingeladen. (Beifall.)

Es sind die Genossen Erich Radtke aus Mecklenburg, Paul Szillat aus Brandenburg, Fritz Drescher aus Sachsen-Anhalt, Albert Wesemeyer aus Thüringen, Arno Wend aus Sachsen und Gerhard Sperlin aus Berlin. (Beifall.)

Durch diese Einladung, verehrte Anwesende, wollen wir ihnen und ihren Leidensgenossen für ihre aufrechte Haltung und ihren Opfermut den Dank des Parteitages zum Ausdruck bringen. Aber wir wissen, daß sehr viele noch auf den Tag der Freiheit warten müssen. Lassen Sie mich, bitte, dazu an dieser Stelle heute nur ein Wort sagen: Man wird die Bereitschaft, zu einer Entspannung und Verständigung zu kommen, auch daran ermessen müssen, wie weit man bereit ist, diesen Menschen, die kein anderes Verbrechen begingen, als daß sie für die höchsten Güter der Menschheit kämpften, die Freiheit wiederzuschenken.

Genossinnen und Genossen, in Berlin konnten wir nach langer und bitterer Trennung unsere Genossen aus Flensburg wieder unter uns begrüßen. Heute sind nach jahrzehntelanger und bitterer Trennung unsere Genossinnen und Genossen von der Saar als Delegierte auf diesem Parteitag vertreten. (Lebhafter Beifall.)

An dem Beifall mögt Ihr, liebe Genossen von der Saar, sehen, wie groß unsere Freude ist, daß Ihr wieder bei uns seid. — Als nach dem Volksentscheid am

23. Oktober 1955 über die politische Zukunft des Saargebietes entschieden war, erlebten wir die große Freude, daß die sozialistischen Parteien an der Saar schnell wieder zueinander fanden. Diese Vereinigung ist der beste Beweis dafür, welche große Kraft der sozialistischen Idee innewohnt. Vergessen sollen und vergessen müssen sein die bitteren Jahre der Trennung, vergessen auch all das, was zwischen uns gestanden hat. Jetzt wollen wir am gemeinsamen Werk gemeinsam schaffen!

Unter uns weilt eine große Zahl von Gästen. Ich darf zunächst herzlich begrüßen den Vertreter der gastlichen Stadt München, Herrn Oberbürgermeister, unseren alten Freund und Kampfgefährten Thomas Wimmer. (Starker Beifall.) Die Bevölkerung der Stadt München hat vor einiger Zeit bei der Oberbürgermeisterwahl Thomas Wimmer in außerordentlich hohem Maße ihr Vertrauen bekundet, und wir möchten in diesem Augenblick nur sagen, lieber Thomas, wie stolz die ganze Partei auf Deinen Erfolg gewesen ist. (Erneuter Beifall.)

Ich darf schon in diesem Augenblick der Stadtverwaltung danken für die weitgehende Hilfe, die sie uns bei der Vorbereitung und Durchführung unseres Parteitages gewährt hat. Ich bin überzeugt, daß der Aufenthalt in München für alle Teilnehmer des Parteitags, die Delegierten und Gäste, zu einem großen Erlebnis wird.

Weiter begrüße ich die Vertreter der Bayerischen Staatsregierung, an ihrer Spitze den Ministerpräsidenten, unseren Genossen Wilhelm Hoegner. (Lebhafter Beifall.) Wenn es noch einer Erleichterung unserer Entscheidung bedurft hätte, lieber Hoegner, dann wäre es die Tatsache gewesen, daß hier unser Parteitag durch einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von der Staatsregierung begrüßt wird. (Beifall.)

Meine sehr verehrten Gäste! Ich bitte Verständnis dafür zu haben, daß es mir nicht möglich ist, bei der großen Zahl alle einzeln zu begrüßen. Ich begrüße die zahlreichen Vertreter der in Bonn akkreditierten Botschaften und Gesandtschaften. Mein Gruß gilt den Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften. (Beifall.)

Die Vertreter der Presse und des Rundfunks sind in diesem Jahr so zahlreich vertreten, wie kaum jemals vorher auf einem Parteitag. Sie beweisen durch ihre Teilnahme das große Interesse, das sie unseren Verhandlungen entgegenbringen. Ich darf sie herzlich begrüßen und für ihre Teilnahme danken. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich begrüße ebenso die zahlreichen Vertreter von Organisationen, die unserer Einladung gefolgt sind. Es ist mir nicht möglich, alle einzeln zu begrüßen. Gestatten Sie deshalb, daß ich ein allgemeines Grußwort an Sie richte und Ihnen für Ihr Erscheinen recht herzlich danke. (Beifall.) Aber, wie auf jedem Parteitag, möchte ich doch in diesem Augenblick ein besonderes Wort des Grußes an die Vertreter der Gewerkschaften richten. (Starker Beifall.) Sie haben in den letzten Jahren durch die Entwicklung der Verhältnisse besonders harte und schwere Auseinandersetzungen zu führen gehabt, und ihre Arbeit ist dadurch erschwert worden, daß eine kleine Gruppe sich bereit gefunden hat, eine Spaltung der Gewerkschaften vorzunehmen. Das ist geschehen unter Hinweis darauf, daß die Gewerkschaften ihre parteipolitische Neutralität nicht gewahrt hätten. Nun, Genossinnen und Genossen,

auch die Sozialdemokratische Partei — ich darf das offen sagen — hat nicht immer alle Entscheidungen der Gewerkschaften voll bejahen und begrüßen können; aber es ist uns trotzdem niemals eingefallen, darüber zu zernern, daß die Gewerkschaften ihre parteipolitische Neutralität nicht gewahrt hätten. Die Sozialdemokratische Partei hat sich nach 1945 zu dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft bekannt, und sie wird auch daran festhalten. (Starker Beifall.) Die Sozialdemokratische Partei hat sich im verflossenen Jahr auch zu dem Aktionsprogramm der Gewerkschaften bekannt, und sie hat im Parlament Schritte unternommen, um, soweit das im parlamentarischen Raum notwendig war, für die Durchführung des Aktionsprogramms einzutreten. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Forderung nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam erhoben wird. Wir wissen aber vor allen Dingen auch, daß die Gewerkschaften die stärksten Vertreter des demokratischen Gedankens in der Bundesrepublik sind.

Genossinnen und Genossen! Neben den Gewerkschaften sind viele Betriebsräte aus den großen Betrieben der Bundesrepublik und Berlin anwesend. Auch ihnen danken wir für die Teilnahme an unserem Kongreß, und ich begrüße sie recht herzlich. (Starker Beifall.)

Als Paul Singer am 15. September 1902 den Parteitag in München eröffnete, konnte er kaum inländische Gäste begrüßen, aber es waren schon damals 17 Vertreter der ausländischen Bruderparteien anwesend. Heute, Genossinnen und Genossen, können wir 28 Vertreter unserer ausländischen Bruderparteien unter uns begrüßen. (Starker Beifall.)

Der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, unser Genosse Morgan Phillips, ist heute noch nicht anwesend, er wird morgen kommen. Der neue Generalsekretär der Internationale, unser bekannter Genosse Bjarne Braatoy, ist bereits heute anwesend, und wir freuen uns sehr, daß wir ihn hier unter uns haben. Die Sozialdemokratische Partei Bulgariens im Exil ist vertreten durch Georg Dudoff und Dr. Georg Kiroff. Russell Bell von Kanada wird auch morgen oder übermorgen kommen. Von Dänemark ist ein alter Bekannter unter uns, der Ministerpräsident H. C. Hansen. (Beifall.) Mit ihm ist erschienen der Lektor Dr. phil. Mogens Pihl; er ist ein Spezialist für Atomprobleme. Von Finnland ist der persönliche Referent des Ministerpräsidenten, Kaarlo Pitsinki, zu uns gekommen. Die französische Bruderpartei ist vertreten durch Pierre Herbut. Die griechische Partei hat die Genossin Agnes Roussopoulou entsandt. Unser Freund von der Arbeiterpartei Sam Watson kann heute leider noch nicht anwesend sein. Er wird aber morgen kommen, ebenso die Genossin Seroff aus Indien. Von Luxemburg ist der Justizminister, Genosse Dr. Bodson, anwesend, ebenso der Genosse Alfons Hummer. Von den Niederlanden hat der Vorsitzende der holländischen Partei der Arbeit, Evert Vermeer, zugesagt; aber wegen Fragen der Regierungsbildung kann er heute nicht anwesend sein; an seiner Stelle ist Genosse Mensink erschienen. Die norwegische Partei ist vertreten durch Genossen Lange. Ich brauche dem Parteitag nicht zu sagen, wer er ist. Er hat seine Qualität als Außenminister Norwegens gezeigt und hat in den verflossenen Jahren in außerordentlichem Maße wirken können (Beifall). Von Osterreich ist Genosse Oskar Helmer und Franz Peyerl erschienen (Beifall). In diesem Zusammenhang, Genossinnen und Genossen, darf ich darauf hinweisen, daß in dem letzten Jahr unsere Wiener Genossen

unsere deutsche Partei dadurch besonders geehrt haben, daß sie einen großen Neubau nach unserem unvergessenen Ernst Reuter benannt haben. — Von Schweden ist erschienen Genosse Torsten Nilsson; er ist Mitglied des Reichstages und Verteidigungsminister (Beifall). — Von der Schweiz ist Walther Bringolf erschienen (Beifall), und für die spanische Exilpartei unser alter Freund Rodolfo Llopi. — Genossinnen und Genossen! In diesem Augenblick darf ich daran erinnern, daß sich am 18. dieses Monats zum 20. Mal der Tag jährt, an dem die reaktionären und faschistischen Kräfte in Spanien den Kampf gegen Freiheit und Demokratie begonnen haben. Wir alle wissen, welche großen Opfer damals von den spanischen Sozialisten in diesem Kampf gebracht worden sind. — Aus den USA ist Dr. Walter Bergmann, Mitglied des dortigen Parteivorstandes, und aus Pakistan unser Freund Jussuf Khan, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Pakistans, erschienen. Für die Sozialistische Union Mittel- und Osteuropas ist erschienen Genosse Milos Vaněk, und aus Ungarn der Genosse Dr. Stefan Bede.

Damit, Genossinnen und Genossen, habe ich unsere ausländischen Gäste begrüßt, und ich darf noch einmal sagen, daß wir stolz und dankbar sind, daß so viele zu uns gekommen sind. Es gab nach 1945 durch die allgemeinen Ereignisse auch in der Sozialistischen Internationale zunächst harte und schwierige Auseinandersetzungen; aber wenn wir heute feststellen können, daß diese Schwierigkeiten zum größten Teil überwunden sind, so beweist sich auch hier wieder das, was ich vorhin bei unseren Freunden von der Saar feststellen konnte: die große menschen- und völkerverbindende Kraft der sozialistischen Idee. Unsere Zusammenarbeit wird auch in der Zukunft gefördert werden durch die große gemeinsame Aufgabe, die alle sozialistischen Parteien vor sich haben, nämlich die Aufgabe, unter Wahrung der Freiheit und der Menschenwürde die wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen in allen Ländern zu schaffen, die angesichts der zweiten industriellen Revolution notwendig sind. Wie auf jedem Parteitag, so war es auch dieses Mal für uns eine selbstverständliche Pflicht, unsere alten Vorkämpfer als Ehrengäste zu laden. Einige von ihnen sind in der Partei noch so tätig, daß sie als stimmberechtigte Delegierte auf dem Parteitag vertreten sind. Ich darf begrüßen: Anna Nemitz (Beifall), Adolf Schönfelder (Beifall), Rudolf Wissell (Beifall), Paul Löbe (lebhafter Beifall) und Hermann Lüdemann (Beifall). Einer, den wir auch gerne heute hier gesehen hätten und den wir eingeladen haben, kann allerdings nicht unter uns weilen. Unser Genosse Friedrich Stampfer hat uns mitgeteilt, daß es ihm wegen Erkrankung nicht möglich ist, nach München zu kommen. Ich bitte Sie, einverstanden zu sein, Genossinnen und Genossen, daß wir ihm von diesem Parteitag aus die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche für seine Genesung übermitteln. — Ihr, liebe Genossinnen und Genossen, werdet in diesem Augenblick sicher die Parteitage, die Ihr miterlebt habt, an Euch vorüberziehen lassen und Ihr werdet — diese Hoffnung möchte ich aussprechen — auch von diesem Parteitag das Bewußtsein mitnehmen können, daß die alte Kampfkraft der Sozialdemokratischen Partei, die Ihr durch Eure jahrzehntelange hingebende Arbeit in so hervorragendem Maße mitgestärkt habt, auch heute in uns und unter uns lebendig ist. (Starker Beifall.)

Ein besonderes Wort des Grußes möchte ich auch noch an die Vertreter der jungen Sozialisten richten; sie sind durch Delegationen auf unserem Parteitag vertreten. In Umbruchs- und Übergangszeiten ist es für die Jugend immer

sehr schwer, mit den Problemen und Auseinandersetzungen fertig zu werden. Aber von einem ist die Jugend auch heute zutiefst erfüllt: daß die Zukunft nicht gemeistert werden kann mit den alten Ordnungen und mit den alten Vorstellungen. In einer Zeit, in der eine Welt langsam aber sicher vergeht, wird es immer gerade die Jugend sein, die zu neuen Ufern strebt, zu Ufern, die es ermöglichen, eine neue Welt zu bauen. Die einzige große politische Bewegung, die so in die Zukunft gerichtet ist, ist die sozialistische Bewegung, verkörpert in Deutschland in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und in den übrigen Ländern durch die dortigen sozialistischen Parteien.

Genossinnen und Genossen! Nach der Begrüßung muß unser nächstes Wort denen gelten, die seit dem Berliner Parteitag von uns gegangen sind. (Die Anwesenden erheben sich.)

Auch in den verflossenen zwei Jahren mußten wir mit wehem Herzen an manchem Sarge und an mancher Gruft stehen. Ich darf die Dahingegangenen dem Lebensalter nach nennen: Georg Schöpflin, Jean Meerfeld, Dr. Otto Braun, Louise Ebert, Fritz Wildung, Carl Schreck, Wilhelm Dittmann, Marie Juchacz, Johannes Lau, Emil Stahl, Marie Ansorge, Gustav Sander, Max Seppel, Kurt Moosdorf, Dr. Kurt Heinig, Robert Görlinger, Ernst Winter, Heinrich Steinfeld, Max Denker, Heinrich Imig, Dr. Gerhard Lütken, Louise Schiffgens, Hubert Schlebusch, Andreas Gayk, Karl Höltermann, Walter Sassnick, Max Schmidt, Richard Borowski, Anton Pytlik, Max Rübhausen, Konrad Dahl, Gustav Dahrendorf, Friedrich Schmidt, Dr. Hans Weniger, Alfred Kühn und Wilhelm Tenhagen.

Diese Genossinnen und Genossen, die in der gesamten Partei bekannt waren, habe ich gleichzeitig stellvertretend genannt für all die vielen Mitglieder unserer Partei, die in den letzten zwei Jahren von uns gegangen sind. Sie alle haben in ihrem Wirkungsbereich und während ihres ganzen Lebens der einen großen Aufgabe gedient: für eine Gesellschaftsordnung zu kämpfen, die auf den Fundamenten der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut ist. Dafür gilt ihnen heute unser Dank. — Sie haben sich zu Ehren der Toten von den Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Genossinnen und Genossen! Vor unserem Parteitag haben alle anderen Parteien in der Bundesrepublik ihre Parteitage abgehalten. Die CDU, die aus den Bundestagswahlen 1953 als stärkste Partei hervorging, begnügte sich damit, einen Rückblick auf ihre 10jährige Tätigkeit zu halten. Die Auseinandersetzungen auf den anderen Parteitagern waren größtenteils getragen von den inneren Schwierigkeiten, die in diesen Parteien dadurch entstanden sind, daß auch sie jetzt zu der Erkenntnis kommen mußten, wie wenig der bisherige Regierungskurs der ersten Aufgabe der Politik, der Wiedervereinigung, Rechnung trug. Wir werden uns in den nächsten Tagen mit diesen Gegenwartsaufgaben in einer sachlichen Diskussion auseinandersetzen haben. Die Diskussion auf unserem Parteitag wird zunächst einmal die Wehrfrage berühren, die auf dem Berliner Parteitag eine große Rolle spielte. Wir werden die Diskussion auf Grund der inzwischen getroffenen Entscheidungen fortzusetzen haben. Wir haben aber auch das zu diskutieren, was an Leistungen und Vorschlägen z. B. auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik von der Bundestagsfraktion geleistet werden konnte. Als trotz aller Bekenntnisse, daß die Sozialreform die innenpolitische Aufgabe Nr. 1 sei, die Bundesregierung offenbar nicht imstande war, rechtzeitig einen Entwurf vorzulegen,

haben die Genossinnen und Genossen des Sozialpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand und ebenso die Genossinnen und Genossen des Arbeitskreises für Sozialpolitik in der Fraktion es unternommen, einen eigenen Entwurf zu erarbeiten. Er ist von der Bundestagsfraktion gebilligt und im Bundestag eingebracht worden. Dieser Entwurf ist — das dürfen wir ohne Selbstlob sagen — angesichts der Schwere der Aufgabe eine große und stolze Leistung (Beifall). Der Parteitag wird sicher allen Genossinnen und Genossen, die an diesem mühevollen Werk mitgearbeitet haben, in besonderem Maße dankbar sein.

Wir wissen, daß die Sozialreform, die gesamte Sozialreform, durch die Versäumnisse der Bundesregierung in diesem Bundestag nicht mehr ihre Erledigung finden kann. Aber ich glaube, es muß von diesem Parteitag ein leidenschaftlicher Appell an Parlament und Bundesregierung kommen, daß, wenn man schon nicht die gesamte Sozialreform erledigen kann, doch die Neuordnung der Altersrenten auf alle Fälle noch in diesem Bundestag Gesetz werden muß (Beifall), damit endlich diejenigen, die durch ein Leben harter Mühe und Arbeit zum wirtschaftlichen Reichtum der Nation beigetragen haben, ohne Sorge und Not dem Alter entgegensehen können. Durch die Tatsache, daß die Bundesregierung nicht zeitig genug mit ihren Entwürfen herauskommen konnte, zeigt sich nach unserem Parteitag in Berlin noch deutlicher als vorher, daß die restaurativen Kräfte der Bundesregierung nicht in der Lage sind, mit den heute gestellten Aufgaben fertig zu werden.

Neben diesen Gegenwartsaufgaben wollen wir, wie ich schon zu Beginn meiner Ausführungen angedeutet habe, auf diesem Parteitag das Thema behandeln, das für die Zukunft der Völker und für die Zukunft der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung ist. Hier wird der Unterschied zwischen den restaurativen Kräften, die heute die politische Macht in Händen haben, und den fortschrittlichen politischen Kräften, die in der Sozialdemokratischen Partei verkörpert sind, besonders sichtbar. Keine der anderen Parteien hat die Fragen, die mit der zweiten industriellen Revolution auf uns zukommen, bisher behandelt. Wir Sozialdemokraten sind es, die diese Problematik zuerst behandeln. Wer dünkt da nicht an die prophetischen Worte, die Ferdinand Lassalle im Jahre 1863 schrieb:

„Zwei Dinge allein sind groß geblieben in dem allgemeinen Verfall, der für den tieferen Kenner der Geschichte alle Zustände des europäischen Lebens ergriffen hat, zwei Dinge allein sind frisch geblieben und fortzeugend mitten in der schleichenden Auszehrung der Selbstsucht, welche alle Adern des europäischen Lebens durchdrungen hat: die Wissenschaft und das Volk, die Wissenschaft und die Arbeiter! Die Vereinigung beider allein kann den Schoß europäischer Zustände mit neuem Leben befruchten. Die Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden — das ist das Ziel, dem ich, solange ich atme, mein Leben zu weihen beschloßen habe!“

So schrieb Ferdinand Lassalle im Jahre 1863.

Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag wird mit seinem Thema über die zweite industrielle Revolution zu den entscheidendsten Parteitagen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehören. Sorgen wir dafür, daß wir die

Beratungen in dem alten Geiste kameradschaftlicher Verbundenheit durchführen und daß wir uns bei der Beschlußfassung immer darüber im klaren sind, daß auf uns allein die Verantwortung für eine menschliche Gestaltung der Zukunft ruht.

Lassen Sie mich noch ein Wort anführen, das am Schluß des Parteitages im Jahre 1902 Paul Singer den Delegierten zurief und von dem ich glaube, es sollte als Motto auch über unserem jetzigen Parteitag stehen:

„Wir gehen einem arbeitsreichen Jahr entgegen, einem Jahr reich an Kämpfen. Aber wie ich überzeugt bin, auch reich an Erfolgen! Wir wollen alle Kraft aufbieten, um innerhalb der heutigen Gesellschaft in die gesetzgebenden Körperschaften eine so stattliche Anzahl von Sozialdemokraten hineinzubringen, daß man ohne die Sozialdemokratie in Deutschland nichts mehr machen kann und daß die Gesetzgebung vom sozialdemokratischen Geist erfüllt wird.“

Im Sinne dieses Ausspruches von Paul Singer erkläre ich den Parteitag 1956 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für eröffnet. (Lebhafter Beifall.)

Das Wort zur Begrüßung hat nun zunächst der Oberbürgermeister der Stadt München, Thomas Wimmer.

Thomas Wimmer: Meine verehrten Genossinnen und Genossen, meine lieben Männer und Frauen! Es gereicht der bayerischen Landeshauptstadt zur großen Ehre, daß sich der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entschlossen hat, den Parteitag 1956 in München durchzuführen. Als Oberbürgermeister und zugleich im Namen des Stadtrats heiße ich Sie, die Sie aus allen deutschen Ländern des Bundesgebiets als Delegierte zu uns nach München zu sehr ernstern Beratungen und Beschlüssen gekommen sind, herzlich willkommen.

Ein gleicher Gruß gilt auch den Gästen aus dem Ausland, die sich bereits aus Anlaß der Eröffnung des Parteitags in München eingefunden haben oder sich noch einfinden werden.

Seit mehr als fünf Jahrzehnten hat München keinen Parteitag der deutschen Sozialdemokratischen Partei mehr begrüßen können. Und deshalb freue ich mich als Oberbürgermeister ganz besonders, Ihnen allen diesen Willkommensgruß entbieten zu können. Nahezu fünf Jahrzehnte gehöre auch ich der Sozialdemokratischen Partei als Mitglied an, bekleidete durch das Vertrauen der Genossinnen und Genossen in München das Amt des ersten Vorsitzenden von 1919 bis zum Verbot der Partei 1933. Schon nach dem ersten Weltkrieg konnte in der Person unseres unvergessenen Eduard Schmid von 1919 bis 1925 ein Sozialdemokrat die Stelle des Oberbürgermeisters einnehmen.

Meine lieben Genossinnen und Genossen! Als im Jahre 1902, kurz nach der Jahrhundertwende, der Parteitag unserer Partei zum ersten Mal in München stattfand, gab es in München im sogenannten bürgerlichen Lager noch Politiker, die gesagt haben, es wäre eine Schande für die Haupt- und Residenzstadt München, wenn je ein Sozialdemokrat als Vertreter der Bürgerschaft die Schwelle des Münchner Rathauses überschreiten würde (Heiterkeit). Na, das hat sich grundlegend geändert (Heiterkeit). Nach dem zweiten Weltkrieg wurde durch die Besatzungsmacht der von 1925 bis 1933 amtierende Ober-

bürgermeister wieder in diese Stelle berufen und im Jahre 1948 auf Grund des Wahlergebnisses von einem Sozialdemokraten abgelöst. Da die in Bayern 1952 geschaffene neue Gemeindeordnung die Wahl des ersten Bürgermeisters in jeder Gemeinde, ob groß oder klein, aus Anlaß der Gemeindewahl vorschreibt, wurde ich im Jahre 1952 und am 18. März dieses Jahres jeweils im ersten Wahlgang als Oberbürgermeister gewählt. (Bravo! — Allgemeiner Beifall.) Bei der Gemeindewahl am 18. März dieses Jahres ging nach einem von nahezu allen unseren Gegnern sehr häßlich geführten Wahlkampf die SPD trotzdem als stärkste Partei mit 28 Sitzen von insgesamt 60 Sitzen durch und gewann gegenüber 1952 noch vier Sitze dazu. Sie sehen, meine verehrten Genossinnen und Genossen, daß sich die Sozialdemokratische Partei in München trotz vieler Widerstände nicht nur gehalten hat, sondern ihren Einfluß noch erhöhen konnte, was hauptsächlich ihrer stets sachlich geführten praktischen Arbeit für den arbeitenden Menschen zuzuschreiben ist.

Die Vertretung der Stadt München im Bayerischen Landtag von 1950 bis 1954 lag ausschließlich in den Händen unserer Parteigenossen, die alle neun Stimmkreise in der direkten Wahl erobern konnten. Und ebenso waren im Jahre 1949 bei der ersten Bundestagswahl durch die Direktwahl die vier Mandate für den Deutschen Bundestag erobert worden. Ich sage das deshalb, damit Sie sehen, daß in München schon ein sozialdemokratischer Geist nach alter bayerischer Tradition lebendig ist. (Heiterkeit. — Starker Beifall.) Im Jahre 1954 ging uns lediglich ein Mandat direkter Art verloren, das jedoch durch den Proporz wiedererobert werden konnte.

Was München selbst anlangt, so haben wir in der Stadtverwaltung seit dem Zusammenbruch 1945 schwere Arbeit, wie in jeder vom Luftkrieg betroffenen Stadt, zu leisten gehabt. Bei 39prozentiger Totalzerstörung waren zunächst neun Millionen Kubikmeter Schutt aus der Stadt zu schaffen, was die Voraussetzung für jeglichen Wiederaufbau war. War vom Jahre 1945 ab, als die Amerikaner als Sieger in München einzogen, bis zum 20. Juni 1948, dem Tag der Währungsumstellung, dem Wiederaufbau der Gemeinde kein allzu großer Erfolg beschieden, so änderten sich mit der Schaffung eines wertbeständigen Geldes, der D-Mark, ab 1949 diese Verhältnisse ganz bedeutend. Private aller Kreise und auch die öffentlichen Körperschaften konnten auf dem wiederhergestellten finanziellen Boden erfolgreich arbeiten und disponieren. Vieles ist wiederhergestellt und neu gebaut. Doch die Gemeinde selbst hat noch unheimlich viel zu leisten, nachdem die Einwohnerzahl in den letzten acht Jahren durch den Zuzug pro Jahr durchschnittlich um 30 000 zugenommen hat und in dieser Stadt von den heimatvertriebenen Flüchtlingen und den Ausgewiesenen nach dem Stand vom 1. April dieses Jahres 185 000 Menschen leben, die ihre Heimat zum größten Teil durch Zwang verloren haben. Trotz bedeutender Verbesserungen haben wir immer noch große Wohnungsnot und großes Wohnungselend, Schulraumnöte und insbesondere Verkehrsnotstände zu mildern und zu beseitigen.

Wir Sozialdemokraten unterziehen uns gern dieser Arbeit in dem Glauben, daß wieder echte Friedensarbeit in einem vereinigten deutschen Vaterland erkämpft werden kann.

Nachdem sich gerade die Sozialdemokratische Partei für diese hohen Ziele zum Wohle des gesamten deutschen Volkes seit Jahren einsetzt, wünsche ich dem Parteitag 1956 in München allerbesten Erfolg und Ihnen allen, soweit

dies neben der sachlichen Arbeit möglich ist, auch einige frohe Stunden in unseren Mauern zu Ihrer wohlverdienten Entspannung und Erholung. In diesem Sinne noch einmal herzlich willkommen in München zum Parteitag der SPD im Jahre 1956. (Starker Beifall.)

Wilhelm Mellies: Das Wort hat der Vertreter der bayerischen Staatsregierung, Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner.

Wilhelm Hoegner (mit Beifall begrüßt): Verehrte Anwesende, werte Genossinnen und Genossen! Als dem Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern obliegt mir die ehrenvolle Aufgabe, den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die ausländischen Gäste in der bayerischen Landeshauptstadt auf das herzlichste zu begrüßen. Sie können sich vorstellen, daß ich dieser Verpflichtung als deutscher Sozialdemokrat mit besonderer Genugtuung nachkomme. (Lebhafter Beifall.)

Die Sozialdemokratie ist in Bayern seit 1945 in ständigem Aufstieg begriffen. Bei den Landtagswahlen des Jahres 1950 gelang es der bayerischen Sozialdemokratie zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes, die zahlenmäßig stärkste Partei zu werden und die nächstgrößere um rund 60 000 Stimmen zu überflügeln. Nur die Tücke des damaligen Wahlrechts mit den sogenannten Überhangmandaten verhinderte es, daß wir auch im Landtag die stärkste Fraktion bildeten und schon damals die Regierungsbildung übernahmen; wir mußten uns mit der Rolle des zweiten Rades am Wagen begnügen. Die Wahlen vom 27. November 1954 standen, wie in anderen Bundesländern auch, zum Teil noch unter den Nachwirkungen des Adenauersogs der Bundestagswahlen vom September 1953; wir wurden überflügelt. Die siegreiche Partei suchte nun uns Sozialdemokraten aus der Regierung auszuschalten. Gegen die befürchtete Alleinherrschaft der stärksten Partei aber schlossen sich die kleineren Parteien unter Führung der Sozialdemokratie zusammen. Und so wurde die gegenwärtige bayerische Regierung gebildet. Sie versucht den Nachweis zu erbringen, daß man ohne die Sozialdemokratie in Bayern nicht mehr regieren kann. (Allgemeiner Beifall.)

Die Sozialdemokratie hat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, besonders in der Kultur- und Sozialpolitik, eine lebhafte Tätigkeit entfaltet. Ich darf hinweisen auf die Fragen der Volksschullehrerbildung, auf die zusätzlichen Wohnungsbau- und Straßenbauprogramme, auf die Verlegung des Max-Planck-Instituts nach München, auf die künftige Ausbildung von Atomforschern, auf die Fragen des technischen Nachwuchses usw. Die gegenwärtige bayerische Regierung und die hinter ihr stehenden vier Koalitionsparteien wollen Bayern zu einem Land des Fortschritts und der Geistesfreiheit machen. (Bravo! — Starker Beifall.)

Eine der im Bundesgebiet zuerst vor dem Bayerischen Landtag behandelten Fragen steht auf der Tagesordnung dieses Parteitags: Die zweite industrielle Revolution. Die Ausführungen der vorgesehenen Referenten werden richtungweisend sein. Von größter Bedeutung ist ferner die Stellungnahme dieses Parteitags zur allgemeinen Wehrpflicht, die auch in Bayern von einem großen Teil unserer Jugend abgelehnt wird. (Anhaltender stürmischer Beifall.) Der Abschluß Ihres Parteitags wird eine Kundgebung am Denkmal der Opfer von Penzberg sein, einer kleinen oberbayerischen Bergarbeiterstadt, in der

im April 1945 kurz vor dem Einmarsch amerikanischer Truppen eine Anzahl bewährter Sozialdemokraten von der nationalsozialistischen Meute vorsätzlich hingemordet wurde. Möge diese Kundgebung in Penzberg in unserer raschlebigen Zeit die Erinnerung an das zurückrufen, was wir hinter uns haben, und den Willen stärken, es nie wieder zu einer Schreckensherrschaft in unserer Bundesrepublik kommen zu lassen! (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Und so darf ich Ihnen für die Arbeiten dieses Parteitags, die für die Zukunft der Deutschen Bundesrepublik von vielleicht schicksalsschwerer Bedeutung sein werden, nochmals die besten Wünsche der Bayerischen Staatsregierung für ein gutes Gelingen übermitteln. (Bravo! — Starker Beifall.)

Wilhelm Mellies: Es spricht jetzt zu uns der Vorsitzende des Unterbezirks München der Sozialdemokratischen Partei, Hans Demeter.

Hans Demeter: Meine sehr verehrten Anwesenden, liebe Genossinnen und Genossen! Für die Münchner Parteiorganisation möchte ich alle Delegierten und die in- und ausländischen Gäste auf das herzlichste begrüßen. Es ist für die Sozialdemokraten in München eine große Ehre, daß dieser Parteitag hier in dieser Landeshauptstadt durchgeführt wird. Nach 54 Jahren beginnt hier wiederum ein Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es ist bereits gesagt worden, daß im Jahre 1902 zum letztenmal, und zwar im Monat September, hier in München ein Parteitag war, und daß wichtige Probleme zur Entscheidung gestanden sind, wie wir in dem Protokoll nachlesen können. Wir finden darin unter anderem Namen wie Bebel, Ledebur, Singer und Vollmar, die an diesem Parteitag noch teilnahmen. Seit dieser damaligen Tagung hat die Welt eine grundlegende Veränderung erfahren. Zwei Weltkriege erschütterten die Gesellschaftsordnung. Im Jahre 1918 brach hier in München die Revolution aus. 1923 erhob die Reaktion ihr Haupt, und Hitler machte seinen Putschversuch, ebenfalls hier in München. 1933 kam die sogenannte Machtergreifung, und diese Stadt bekam den unruhlichen Beinamen „Hauptstadt der Bewegung“. Der Spuk, der dem deutschen Volk und der ganzen Welt so viel Leid und Elend gebracht hat, ging 1945 zu Ende. Auch diese Stadt litt furchtbar und war zum Schluß nur noch ein Trümmerhaufen. Es kann mit Stolz gesagt werden, daß es auch hier gerade die Sozialdemokraten waren, die maßgeblich am Wiederaufbau mitgeholfen haben.

In diesem Jahre hatten wir als Sozialdemokratische Partei wohl den größten Erfolg zu verzeichnen, da wir bei den Stadtratswahlen am 18. März fast die Mehrheit im Stadtparlament erringen konnten und unser Genosse Wimmer als Oberbürgermeister in direkter Wahl wiedergewählt wurde. Wenn wir in dieser Stunde zurückblicken, so erfüllt es uns mit Stolz, daß die Sozialdemokratie hier in dieser Stadt und darüber hinaus im Lande Bayern eine Aufwärtsentwicklung genommen hat, die uns berechtigte Hoffnungen gibt, unsere politischen Positionen noch mehr verbessern zu können.

Ich möchte als Vorsitzender der Partei bei dieser Gelegenheit den Münchnerinnen und Münchnern, die bisher der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme gegeben haben, danken und sie auffordern, sich offen politisch zu bekennen und Mitglieder unserer Partei zu werden. Die Münchnerinnen und

Münchner erwarten von diesem Parteitag, daß die Partei in den Lebensfragen unseres Volkes eine klare Stellung zu den Ereignissen bezieht, die sich in der jüngsten Zeit so verhängnisvoll für unser Volk aufzeigten. Die Bevölkerung Münchens sieht in der Sozialdemokratischen Partei die politische Kraft, die die verhängnisvolle Politik der CDU/CSU unter Führung des Kanzlers Adenauer verändern kann.

In diesem Sinne begrüße ich den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956 in München. Die Beratungen mögen einen vollen Erfolg bringen. (Allgemeiner Beifall!)

Wilhelm Mellies: Für den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht zu uns Matthias Föcher.

Matthias Föcher (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Anwesenden! Leider bin ich gezwungen, mit einem Wort der Entschuldigung zu beginnen: Unser Bundesvorsitzender, Kollege Walter Freitag, hat aus gesundheitlichen Gründen seine Teilnahme am Parteitag der Sozialdemokratischen Partei aufgeben müssen. Er hat mich aber gebeten, Ihnen seine herzlichen Grüße zu übermitteln und insbesondere seine besten Wünsche für einen guten Verlauf Ihrer Verhandlungen zum Ausdruck zu bringen (Beifall). Ich komme diesem Wunsch aus kameradschaftlicher Verpflichtung nach, möchte aber darüber hinaus auch einer Aufgabe gerecht werden, die mir auferlegt ist: Ihnen die Grüße des Deutschen Gewerkschaftsbunds zu übermitteln und Ihrem Parteitag ebenfalls recht fruchtbringende und erfolgreiche Verhandlungen zu wünschen. Darüber hinaus aber, meine sehr verehrten Anwesenden, gestatten Sie mir, auch ein Wort der Anerkennung der deutschen Gewerkschaften gegenüber der Arbeit, der sozialen Arbeit der Sozialdemokratie und insbesondere ihrer parlamentarischen Frauen und Männer hier zum Ausdruck zu bringen (Beifall)! Wo immer die Gewerkschaften berechnigte Anliegen der Arbeiterschaft dem Parlament zu unterbreiten veranlaßt waren, haben sich die Freunde der Sozialdemokratischen Partei rückhaltlos und mit größter Entschlossenheit und Bereitschaft zu den Vorschlägen und Anregungen der Gewerkschaften bekannt. (Bravo und Beifall.) Damit haben die Freunde aus der sozialdemokratischen Parteibewegung nicht nur der deutschen Arbeitnehmerschaft, sondern auch der Demokratie einen wahrhaft echten und guten Dienst geleistet. (Beifall.)

Vor etlichen Jahren hat einer der letzten noch übriggebliebenen Führer der ehemaligen christlichen Gewerkschaftsbewegung, der damals von den Amerikanern zum Regierungspräsidenten von Würzburg ernannt worden war, verantwortliche Männer des politischen Lebens zusammengeholt und dann in längeren Ausführungen zur politischen Situation Stellung genommen. Er hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß die demokratische Ordnung nur dann auf festem Grund gebaut sei, wenn sie im Sozialen beruhe. Und das ist so! Eine Demokratie, die nur die Gleichberechtigung der Staatsbürger in der Verfassung anerkennt, aber darüber hinaus das sichtbare Zeichen der demokratischen Ordnung, die Gleichberechtigung aller Staatsbürger in allen Wirkbereichen des Volkes, außer acht läßt, ist nicht fest begründet. (Sehr gut! und starker Beifall.) Sie hat nicht die Möglichkeit — und darauf kommt es zu

guter Letzt an —, die Herzen der Menschen für die demokratische Ordnung zu gewinnen, auch die Herzen der gesamten Arbeitnehmerschaft für die demokratische Ordnung zu gewinnen (Beifall). Der Staatsbürger, meine sehr verehrten Anwesenden, darf nicht nur die Hoffnung, nein, er muß die Gewißheit haben, daß in der parlamentarischen Arbeit, in Gesetzgebung und Verwaltung das Wesen der Demokratie, die Gleichberechtigung der Staatsbürger, sichtbar und deutlich ist. Und wir wünschen, daß im Bereich der Bundesrepublik viele Millionen Herzen aufwachen, um diese Notwendigkeit noch stärker zu empfinden, als es heute bereits der Fall ist (Beifall). In diesem Bemühen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat sich Ihre Partei und haben sich insbesondere unsere parlamentarischen Freunde Ihrer Partei aufs beste bewährt und verdienen unseren Dank. Ich hoffe, daß auch in dieser Hinsicht Ihr Parteitag wieder einen wesentlichen Beitrag spendet für eine gute Regelung der sozialen Frage, für eine gute Gestaltung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung. Wir, die deutschen Gewerkschaften, wünschen Ihren Beratungen den vollsten Erfolg. (Starker Beifall.)

Wilhelm Mellies: Das Wort hat nun der Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Fritz Rettig.

Fritz Rettig: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine große Freude, diesem Parteitag die guten Wünsche und die herzlichen Grüße der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft überbringen zu dürfen. Seit langem ist es zur Tradition geworden, daß die politischen Parteien an den Bundeskongressen der Gewerkschaften teilnehmen und die Gewerkschaften zu den Parteitagen eingeladen werden. Hierbei handelt es sich aber nicht nur um eine bloße Geste. Gewerkschaften und politische Partei haben sich auf diesen Kongressen, die für die Arbeit in den nächsten Jahren von entscheidender Bedeutung sind, gegenseitig mancherlei zu sagen. Keine politische Partei, die dem Volksganzen dienen will, kann die von den Gewerkschaften vertretenen Forderungen und Wünsche ihrer Mitglieder unberücksichtigt lassen. Auf der anderen Seite sind wir uns durchaus bewußt, daß dem Interessenstandpunkt der Gewerkschaft dort eine Grenze gesetzt ist, wo das Wohl der Gesamtheit Schaden leiden könnte.

In der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist nach 1945 ein entscheidender Wandel eingetreten. Während in der Vorkriegszeit zwei Richtungsgewerkschaften bestanden, sind die deutschen Gewerkschaften heute an keine politische Doktrin gebunden. Hierin kennzeichnet sich die parteipolitische und konfessionelle Unabhängigkeit der heutigen deutschen Gewerkschaften. Daran wird auch nichts geändert, wenn gelegentlich von Kräften, die der Gewerkschaftsbewegung noch nie gut gesonnen waren, die Behauptung aufgestellt wird, die deutschen Gewerkschaften verletzen ihre parteipolitische Neutralität, wenn sie bekunden, daß sie mit der einen oder anderen politischen Partei in vielen Fragen übereinstimmen (Beifall). Die Forderungen der Gewerkschaften nach Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der von ihnen vertretenen Mitglieder können meistens nur mit Hilfe der Gesetzgebung erfüllt werden. Die Gewerkschaften, die auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie stehen, legen daher auf die ständige Verbindung mit den politischen Parteien, die im Bundestag vertreten sind, allergrößten Wert. Wir

begrüßen aber mit besonderer Freude, daß sich die SPD im Oktober 1954 in einem Schreiben ihres Vorsitzenden, Erich Ollenhauer, an die DAG sehr eindeutig zu den grundsätzlichen Problemen der Angestellten geäußert hat. Ollenhauer erklärte:

Die gesellschaftliche Bedeutung der Angestellten ist in den letzten Jahren durch die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft dauernd gestiegen. Ohne eine geschulte und leistungsfähige Angestelltenschaft ist unser heutiges Wirtschafts- und Verwaltungsleben nicht denkbar. Dieser gestiegenen Bedeutung der Angestellten entspricht die allgemeine Anerkennung dieses Teils der schaffenden Menschen unseres Volkes nicht.

Damit hat Ihr Vorsitzender den Kernpunkt der Politik der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft herausgestellt. Dafür sind wir Erich Ollenhauer und damit der SPD sehr dankbar. Ich möchte mir erlauben, dieser Erklärung noch einige grundsätzliche Bemerkungen hinzuzufügen, soweit es im Rahmen einer Begrüßungsansprache möglich ist. Die Angestellten sind sich durchaus darüber im klaren, daß sie mit der Arbeiterschaft ein gemeinsames Arbeiterschicksal verbindet (Beifall). Es dürfte aber auch außer Zweifel stehen, daß auf Grund der funktionellen Aufgaben, die die Angestellten aller Berufe in der Wirtschaft zu erfüllen haben, für die Angestellten besondere Verhältnisse vorliegen, denen arbeitsrechtlich und sozialpolitisch Rechnung getragen werden muß.

Wenn auch für den weitaus größten Teil der Angestellten von 1956 in der Zukunft keine Aussicht mehr besteht, aus dem Angestelltendasein herauszukommen und etwa selbständiger Kaufmann und Unternehmer zu werden — die Zeiten von Gustav Freitags „Soll und Haben“ sind längst vorüber —, so handelt es sich doch bei der ordnenden, überwachenden und leitenden Tätigkeit der Angestellten in sehr vielen Fällen um übertragene Unternehmerfunktionen. Der Angestellte ist auf Grund seiner Tätigkeit häufig, ob er will oder nicht, der Mittler zwischen Unternehmer und Arbeiter. Hierin tritt auch durch die immer mehr fortschreitende Technisierung und Automatisierung in den Büros und Verwaltungen keine Änderung ein. Geistige Arbeit läßt sich nun einmal nicht durch den Automaten oder durch Elektronengehirne ersetzen.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die Zahl der Angestellten in allen Industrieländern der Welt in den letzten Jahrzehnten ganz gewaltig gestiegen ist.

Während das Verhältnis der beschäftigten Arbeiter und Angestellten an der Jahrhundertwende 1 : 13 stand, entfallen heute auf 100 Arbeiter 25 Angestellte. Dabei wächst die Zahl der Angestellten im Zuge der hier heute schon wiederholt zitierten zweiten industriellen Revolution, wie insbesondere die Entwicklung in den USA zeigt, immer noch weiter. Es ist bekannt, daß den Angestellten in den USA bisher gewerkschaftlich keine besondere Bedeutung zugemessen worden ist. Außerordentlich interessant und aufschlußreich ist es aber zu sehen, wie in der letzten Zeit auch in diesem Land, in dem die Automation besonders weit fortgeschritten ist, ein Wechsel sich bemerkbar macht. Auch dort verlangen die Angestellten die Schaffung eigener Angestelltenorganisationen und die Erfüllung aller sozialen, arbeitsrechtlichen und kulturellen Forderungen, die der Bedeutung und Eigenschaft der Angestellten-

schaft entsprechen. Das ist ein sehr beachtliches Zeichen dafür, daß sich überall die wachsende Schicht der Angestellten gegen Mißachtung und Zersetzung wehrt.

Es ist nun einmal so, daß nur die Wirtschaft Schritt halten kann im Konkurrenzkampf der Weltwirtschaft, die über die bestausgebildeten Angestellten verfügt. Voraussetzung hierfür ist aber, daß für die Angestellten eine ihren funktionellen Eigenheiten entsprechende Sozialordnung und Regelung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse geschaffen wird.

Die Bedeutung der Angestellten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wächst also unzweifelhaft mit der fortschreitenden Entwicklung, die durch die zweite industrielle Revolution eingeleitet worden ist. Wenn man die Dinge so sieht — und ich glaube, anders kann man sie nicht sehen —, so haben die besonderen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Forderungen der Angestellten mit dem Wunsch nach einer Extrawurst absolut nichts zu tun. Wir sind der Auffassung, daß die funktionellen Aufgaben, die den Angestellten in der Wirtschaft gestellt sind, auch arbeitsrechtlich und sozialpolitisch eine besondere Regelung verdienen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur auf das Problem der älteren Angestellten hinweisen, das noch immer keine befriedigende Lösung gefunden hat.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch den Hinweis, daß der Selbsthilfegedanke in der Angestelltenschaft auch heute noch besonders lebendig ist. Das zeigt sich einmal in der Aufrechterhaltung und dem in der heutigen Zeit fortgesetzten Ausbau der sehr leistungsfähigen Krankenkassen der Angestellten, die aus eigener Kraft geschaffen wurden und auf die man im Kreis der Angestellten so stolz ist.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Angestelltenversicherung. Auch hier haben sich die Angestellten vor Jahrzehnten unter bewußtem Verzicht auf finanzielle Hilfe des Staates besondere Einrichtungen geschaffen, die sich jahrzehntelang außerordentlich bewährt haben. Die Leistungen ihrer Alters- und Invalidenversorgung der Angestellten sind in fortschrittlicher Weise entwickelt worden, und die Angestellten wehren sich nachdrücklich dagegen, daß der mit großen Opfern erkaufte Fortschritt teilweise in Wegfall kommen soll. Die Beispiele zeigen, daß starke Aufbaukräfte in der Angestelltenschaft vorhanden sind und der Förderung und Ermutigung bedürfen.

Und so möchte ich abschließend nochmals meiner Freude Ausdruck geben, daß die SPD, wie aus dem von mir erwähnten Schreiben ihres Parteivorsitzenden an die DAG hervorgeht, die Bedeutung der Angestellten für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft anerkennt und bereit ist, mitzuhelfen an dem sozialen und kulturellen Fortschritt der in der Bundesrepublik beschäftigten vier Millionen Angestellten. Zweifellos führt das Eintreten politischer Parteien für die Interessen der Angestellten zur Hebung der politischen Aufgeschlossenheit der Angestellten, und daran dürfte gerade die SPD besonders interessiert sein.

So wünsche ich im Namen der DAG Ihrem Parteitag den besten Verlauf. Ich zweifle nicht daran, daß Ihre Beschlüsse dem sozialen Fortschritt und damit der Festigung unseres demokratischen Staates dienen werden. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Das Wort hat für die Genossenschaften der Vorsitzende der Geschäftsleitung der GEG, Heinrich Mainz.

Heinrich Mainz: Liebe Genossinnen und Genossen! Für die deutschen Konsumgenossenschaften habe ich dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die herzlichsten Grüße und freundliche Wünsche zu übermitteln. Die Konsumgenossenschaften sind der Arbeiterbewegung aus alter Tradition verbunden. Mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung verbinden die Konsumgenossenschaften bei Wahrung ihrer parteipolitischen und konfessionellen Neutralität in guten und schlechten Tagen immer wieder die gut bewährte Solidarität und vielleicht auch gleichgerichtete Interessen. Eine nicht geringe Anzahl von Mitgliedern der Konsumgenossenschaften gehört der SPD an und ist dort politisch aktiv tätig. Über diese unmittelbaren persönlichen Verbindungen wird eine Brücke des Verstehens und Vertrauens zwischen der parteipolitischen und der genossenschaftlichen Bewegung getragen. Auf dieser Verbundenheit weiter Teile der beiderseitigen Mitglieder beruhen die vielseitigen persönlichen Kontakte. Von ihr gehen ständig Impulse aus, die sich für die Arbeit beider Organisationen früher und auch heute als äußerst fruchtbar erwiesen haben. Mit wärmster Anteilnahme verfolgen die Konsumgenossenschaften die Bemühungen der Sozialdemokratie, jedem Mann und jeder Frau in unserer Demokratie eine Heimat zu bieten. Unsere volle tätige Unterstützung findet Ihr Kampf für den sozialen Fortschritt und die soziale Gerechtigkeit.

Für das Ziel einer von sozialem Geist durchdrungenen Wirtschaft leisten die Konsumgenossenschaften Tag für Tag praktische Beiträge. Unter Ausschluß von Gewinnstreben bieten sie dem Verbraucher die Möglichkeit konstruktiver Selbsthilfe. Als Verbrauchervertreter wollen sie die Position der Konsumenten stärken. Die Konsumgenossenschaft will die schwache Stellung der Verbraucher im Marktgeschehen vor der Begehrlichkeit verbraucherfeindlicher Interessengruppen schützen. Deshalb tritt sie ein für freie Konsumwahl, für Leistungswettbewerb, für eine von Kartellen und Preisbindung unbehinderte Marktversorgung, sowie für eine auf Ausgleich von Angebot und Nachfrage gerichtete Zoll- und Einfuhrpolitik.

Wir danken allen Weggefährten, die uns bei unseren Bemühungen ermutigen und unterstützen, und in diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, begrüßen wir Ihren Parteitag und wünschen Ihren Beratungen vollen Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Von den ausländischen Gästen spricht als erster zu uns der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Ministerpräsident und Außenminister Dänemarks, H. C. Hansen.

H. C. Hansen (von lebhaftem Beifall begrüßt):

Verehrte Anwesende, liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine große Freude, im Namen der dänischen Sozialdemokratie dem Kongreß der deutschen Sozialdemokratie einen Gruß zu überbringen. Nach dem Tode Hans Hedtofts im Januar vorigen Jahres wurde es mir zuteil, den

Posten des Vorsitzenden der dänischen Sozialdemokratie zu übernehmen. Ich möchte dies hier erwähnen, da ich weiß, welche enge Zusammenarbeit immer zwischen der deutschen Sozialdemokratie und deren führenden Männern einerseits und Hans Hedtoft andererseits bestanden hat, und ich weiß, daß man in Deutschland den Verlust von Hans Hedtoft ebenso sehr empfand, wie es in Dänemark der Fall war.

Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, zu versuchen, die enge Zusammenarbeit weiterzuführen, die während der Jahre unter dem Vorsitz von Hans Hedtoft zwischen unseren Parteien bestand, und mein heutiger Gruß ist deshalb um so herzlicher. Vieljährige Freundschaft knüpft so viele von uns zusammen.

In ihrer Eigenschaft als Regierungspartei ist die dänische Sozialdemokratie schwierigen Aufgaben gegenübergestellt. Unsere Landesregierung ist im Gegensatz zu der schwedischen und der norwegischen Regierung eine Minderheitsregierung. Sie ist auf eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Parteien in verschiedenen Fragen angewiesen. Und trotzdem ist es gelungen, schon drei Jahre hindurch eine fruchtbringende Arbeit zu leisten, teils bei der Stabilisierung der dänischen Wirtschaft, teils bei der Einführung von bedeutenden Reformen auf sozialem Gebiet. Ich denke hierbei vor allem an die Volkspensionsordnung. Wir sind jetzt davon überzeugt, daß diese große Aufgabe nun vor der endgültigen Lösung steht, und daß sie im September in ihrer endgültigen Form angenommen werden wird.

Die Schwierigkeiten, die wir in unserem Land im Frühjahr auf dem dänischen Arbeitsmarkt erlebten, haben wegen des gesetzmäßigen Eingriffs der Regierung zur Verhinderung des Ausbruchs eines Großkonfliktes ganz natürlich eine Zeitlang eine kräftige innere Debatte in der dänischen Sozialdemokratie hervorgerufen. Diese Debatte hat indessen keineswegs zur Spaltung der Partei geführt, wie es gelegentlich im Ausland erzählt worden ist, sondern eher dazu, innere Klarheit zu schaffen; ich glaube, daß wir mit Sicherheit sagen können, daß die dänische Partei heute ebenso stark und sicher zusammengeschweißt ist wie je zuvor.

Ich grüße die deutsche Sozialdemokratie, die erneut ihren Platz als eine der stärksten Parteien in der Sozialistischen Internationale eingenommen hat. Ich weiß sehr wohl, daß zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den Parteien in einer Reihe von anderen westeuropäischen Ländern Meinungsverschiedenheiten über außenpolitische Angelegenheiten bestehen. In dem klaren Bekenntnis zum Westen und in der klaren Abweisung einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien besteht jedoch unverbrüchliche Übereinstimmung. Wir weisen nach wie vor die Zusammenarbeit mit politischen Kräften ab, deren Ziel Gleichschaltung, Gewalt und Terror ist. (Starker Beifall.) Wir in der Sozialdemokratie, in den sozialistischen Parteien haben schon immer das Risiko, das eine Diktatur in sich trägt, erkannt. Dieses Risiko ist aber mit den Enthüllungen und der Charakteristik Stalins und seiner Herrschaft durch die neuen sowjetrussischen Staatsmänner nicht nur uns, sondern der ganzen Welt offenbar geworden. Nach vielen kritischen Bemerkungen über den Atlantikpakt und über die Zusammenarbeit des Westens auf dem Gebiet der Verteidigung — erlauben Sie es mir zu sagen — ist es heute wohl berechtigt zu sagen, daß die Entschleierung Stalins uns allen zeigt, welches Risiko wir liefen.

Man kann wohl sagen, daß es ein Zufall gewesen sei, daß sich die Untaten Stalins auf die kommunistischen Länder beschränkten und nicht zu einer weltumspannenden Katastrophe führten. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir verfolgen die neue sowjetische Linie mit großer Aufmerksamkeit, und wir hoffen, daß sie größere Möglichkeiten für eine friedliche Zusammenarbeit bietet, als es früher der Fall war. Es muß die Aufgabe des Westens sein, die etwa entstehenden Verhandlungsmöglichkeiten mit der erforderlichen Geschmeidigkeit, Aufmerksamkeit und Bereitwilligkeit auszunutzen (Beifall).

Die friedliche Entwicklung in der Welt zu sichern ist unsere gemeinsame Aufgabe. Es ist eine Aufgabe, die größer ist als alle anderen. Es ist für uns als Partei unsere Aufgabe, in unseren Ländern die kulturellen und sozialen Voraussetzungen für das Dasein der Menschen zu schaffen. Wir wollen bei dieser Aufgabe alle zusammenwirken. Ich grüße mit diesem Wort den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Ich übermittle Euch die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche der dänischen Sozialdemokratie für einen guten Erfolg. (Brausender Beifall.)

Wilhelm Mellies: Die Grüße der finnischen Sozialdemokratie überbringt der persönliche Referent des Ministerpräsidenten, Kaarlo Pitsinki.

Kaarlo Pitsinki (von Beifall begrüßt): Sehr verehrte Anwesende, liebe Genossinnen und Genossen! Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und diesem bedeutungsvollen Parteitag überbringe ich die Grüße der Sozialdemokratischen Partei Finnlands. Die finnische Sozialdemokratie ist die stärkste der sechs Parteien dieses Landes. Wir sind jedoch nicht so stark und gefestigt wie unsere Bruderparteien in den skandinavischen Ländern, in Großbritannien und hier in Deutschland. Wir haben rund hunderttausend Mitglieder, und bei Parlamentswahlen erhalten wir meist etwas über ein Viertel der Stimmen. Wir haben eine Koalitionsregierung von vier Parteien, der die Kommunisten nicht angehören, mit einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Die finnische Arbeiterschaft könnte eine viel machtvollere Partei schaffen, wenn nicht die Kommunisten unter Ausnutzung der prekären außenpolitischen Situation die Kraft der Sozialdemokratie unterminieren würden.

Das finnische Bürgertum auf der anderen Seite ähnelt offenbar dieser Gesellschaftsschicht in anderen Ländern: Es fehlt ihr an einem Programm und an Zielvorstellungen zur Lösung der großen und dauernd im Fluß befindlichen gesellschaftlichen Probleme. Und sie legt jedem Steine in den Weg, der konstruktive und fortschrittliche Pläne hat.

Die sozialistische Bewegung konnte jedoch in ihrem 50jährigen Bestehen bedeutende Änderungen in ihrem Lande herbeiführen. Demokratische Rechte und Freiheiten sind für das Volk erreicht worden. Der Lebensstandard wurde gehoben und die soziale Sicherheit verbessert. Wir sind entschlossen, diesen Weg unserer Politik auch in Zukunft fortzusetzen. Die Entwicklung einer Gesellschaft der Freiheit wird niemals abgeschlossen sein. Ihre Gestaltung und ihre Probleme sind einem dauernden Wandel unterworfen. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, in diesem Prozeß Hüter der Rechte des Menschen zu sein (Beifall).

Wir sind uns bewußt, daß die Sozialdemokratie eine internationale Bewegung ist, die über die Ländergrenzen hinaus durch gemeinsame Grundprinzipien vereinigt ist. Wir glauben, daß die Sozialdemokratie eine Lösung der internationalen Probleme finden muß und wird, die, solange sie ungelöst bleiben, zu sinnlosem Blutvergießen, ja vielleicht zur Vernichtung der ganzen menschlichen Kultur führen können.

In diesem festen Glauben an die Zukunft unserer gemeinsamen Ideen grüßen Euch, liebe Genossen, die finnischen Sozialdemokraten. Wir beglückwünschen Euch zu dem, was Ihr bereits erreicht habt und sprechen unsere besten Wünsche aus für Eure weitere Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Für unsere französischen Freunde spricht nun Pierre Herbaut, stellvertretender Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Pierre Herbaut (von Beifall begrüßt):

(Übersetzung:;) Liebe Genossinnen und Genossen! Vor knapp zehn Tagen begrüßten wir Franz Bögler und Alfred Nau als Vertreter der SPD auf dem 48. Parteitag der französischen Sozialistischen Partei in Lille. Ich darf Euch meine Freude und Genugtuung darüber aussprechen, daß es mir gestattet ist, nun meinerseits brüderliche Grüße der S.F.I.O. zu überbringen (Beifall).

Wir wissen, daß Ihr, unsere deutschen Genossen, mit Aufmerksamkeit die Tätigkeit unserer Partei seit der Regierungsübernahme verfolgt. Ich brauche Euch darum nicht ausführlich die besonders schwierige Situation zu beschreiben, die die unter der Führung unseres Genossen Guy Mollet gebildete Regierung vorgefunden hat, und ich will auch nicht die Maßnahmen im einzelnen darstellen, die sie in den vergangenen vier Monaten durchführen konnte. Ihr wißt wohl, daß die Regierung Mollet auf innenpolitischem Gebiet den bezahlten Urlaub auf drei Wochen erhöht, die regionalen Lohnunterschiede aufgehoben, eine allgemeine Altersversorgung geschaffen hat und damit das Werk von Léon Blum, das dieser 1936 begann, fortsetzt und vollendet. (Lebhafter Beifall.)

All dies ist Euch ebenso bekannt wie die Bemühungen unserer Genossen in der Regierung um den Frieden in Algier und um die Schaffung einer echten französisch-mohammedanischen Gemeinschaft, die unseren Prinzipien der Gerechtigkeit und des Fortschritts entspricht.

Ich möchte mich etwas ausführlicher mit der Tätigkeit unserer Regierung und unserer Partei auf internationalem Gebiet befassen. Dabei muß zunächst gesagt werden, daß unsere sozialistischen Regierungsvertreter Guy Mollet und Christian Pineau es verstanden haben, der französischen Außenpolitik eine neue Wendung zu geben, ihr einen sozialistischen Stempel aufzudrücken (Beifall). Wir meinen damit, daß sie einen Weg wählen, der uns der beste zu sein scheint, um die großen internationalen Fragen in einem dem Frieden günstigen Sinne zu ordnen.

Ich frage: Muß man uns zum Beispiel nicht beglückwünschen zu dem glücklichen Abkommen, das unsere beiden Länder in der Saar-Frage erzielt haben? Um dahin zu kommen, mußten auf beiden Seiten nationalistische Vorurteile verstummen, wobei aber berechtigte nationale Anliegen nicht übersehen

werden dürften. Frankreich hat anerkannt, daß die Saar ethnisch und politisch deutsch ist. (Vereinzelter Beifall.) Und Deutschland hat die berechtigten wirtschaftlichen Interessen unseres Landes in diesem Gebiet respektiert. Solch eine Regelung kann und soll beispielhaften Wert haben; denn sie zeigt, daß die gegenseitige Bereitschaft und der Wille zur Verständigung die größten Schwierigkeiten erfolgreich überwunden haben, sehr zum Vorteil aller.

Dieser Wille, der die Regierung im sozialistischen Sinne bestimmt, zeigt sich auch in dem Bemühen, allen Verbündeten und Partnern nahezubringen, wie sehr eine allseitige, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung, wenn sie von allen ehrlich betrieben wird, die Regelung der Konflikte, die die Welt in Spannung halten, erleichtern würde (Beifall).

In diesem Geiste haben Guy Mollet und Christian Pineau bei ihrer Unterhaltung mit den sowjetischen Regierungsvertretern in Moskau auch das dornige Problem der Wiedervereinigung Deutschlands angeschnitten. Sie haben mit größter Festigkeit die von den Sozialisten vertretene Haltung in dieser Frage betont. Sie haben daran erinnert, daß seit der Zeit der Illegalität die Sozialistische Partei sich ausdrücklich gegen die Zerstückelung Deutschlands ausgesprochen hat, daß sie seitdem nicht aufgehört hat, gegen die französischen Nationalisten zu kämpfen, die die Teilung Deutschlands aufrechterhalten wollen (Beifall).

Sie haben das Interesse betont, das Frankreich, seine Regierung und seine Verbündeten an der Lösung dieses die Zukunft des Friedens berührenden Problems haben. Sie haben festgestellt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ein Prüfstein für die sowjetischen Absichten sein wird und für den Willen der Herren des Kremls zu einer Entspannung, je nachdem, ob sie der Wiedervereinigung Deutschlands zustimmen oder sie weiter blockieren werden. Man konnte nicht erwarten, daß die Gesprächspartner ihre Haltung gegenüber dem Gegenstand der Gespräche grundlegend ändern würden. Diese Gespräche dienten aber mindestens der Klärung der gegenseitigen Positionen und der Feststellung der Verantwortlichkeiten.

Erlaubt mir, deutsche Genossen, hier unserer Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die tragische, den geschichtlichen Gesetzen widersprechende Lage Eures Landes nicht ewig aufrechterhalten werden kann (Beifall).

Ebenso wird die Unterdrückung des Proletariats hinter dem Eisernen Vorhang dem gewaltigen Ansturm der Arbeiter weichen müssen, die ihre Freiheit fordern, wie das der großartige Aufstand von Posen zeigt (Beifall), der ein Widerhall war auf den nicht minder heldenhaften Aufstand der Arbeiter von Ost-Berlin (Beifall). Mit einem Ausdruck der Hoffnung und der Zuversicht möchte ich diese kurze Ansprache schließen. Wir sind dazu berechtigt, weil die Kräfte des Sozialismus in den freien Ländern der Welt ständig wachsen, insbesondere in Europa, wo zahlreiche Bruderparteien entweder schon an der politischen Macht sind, sie bald übernehmen werden oder sich darauf vorbereiten. Ich bin der Überzeugung, daß die kommenden Wahlen der SPD einen großen Sieg bringen werden, worüber sich die französischen Sozialisten schon jetzt freuen.

Diesem Parteitag, der eine Vorbereitung ist auf die großen Aufgaben, die Euch erwarten, wünsche ich im Namen der SFIO einen vollen Erfolg.

Es lebe die Sozialdemokratische Partei Deutschlands! Es lebe der Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Das Wort hat jetzt die Generalsekretärin der Griechischen Sozialistischen Liga, Agnes Roussopoulou. (Mit Beifall empfangen.)

Agnes Roussopoulou: Liebe Genossinnen und Genossen! Gestattet mir, daß ich Euch den Gruß der Griechischen Sozialistischen Liga übermittle.

Wir Sozialisten Griechenlands verfolgen mit ganz besonderem Interesse die Kämpfe und Erfolge der großen Sozialistischen Parteien in Europa und in der ganzen übrigen Welt; denn wir leben immer noch unter dem Alpdruck der überaus schweren Kriegsaufrüstungen, die für ein so armes Land so untragbar sind, daß sie nur zu Lasten des Wiederaufbaus des kriegszerstörten Landes weitergeführt werden können. Dadurch verbleibt Griechenland weiter ein unterentwickeltes Land mit allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen wie Arbeitslosigkeit, Auswanderung und Armut, die eine solche Lage mit sich bringt. Die politische Folge ist, daß die Reaktion am Ruder verbleibt und sich ihre Position mit Hilfe der Großen der Erde durch mehr oder weniger frei geführte Wahlen sichert, unter dem jeweils bestehenden Wahlsystem, wodurch die Freiheiten des Volkes und insbesondere die Freiheit der Vereinigung der arbeitenden Klassen zu leiden haben.

Hierzu kommt noch, daß heute der politische Himmel Griechenlands durch die Wolken der ungelösten Zypernfrage verdunkelt wird. Die Kämpfe der griechischen Bevölkerung von der Insel Cypern um das Recht der Selbstbestimmung beschäftigen heute das ganze griechische Volk, so daß jede weitere wirtschaftliche und soziale Frage zur Erhöhung des Lebensstandards der arbeitenden Klassen und die Wiederherstellung der elementaren Freiheiten in den Hintergrund gedrängt werden.

Wir danken der Sozialistischen Internationale, der britischen Labour Party und der sozialistischen Jugendbewegung für deren Stellungnahme zu dieser Frage, die eine moralische Hilfe für die kämpfenden Cyprioten ist. Die Lösung dieser Frage wird nicht nur eine Gerechtigkeit gegenüber der Bevölkerung der Insel Cypern bedeuten, sondern auch dem gesamten griechischen Volk Anlaß geben, sich für die eigenen demokratischen Freiheiten einzusetzen, ohne die es keinen Sozialismus geben kann.

Die internationale Entspannung und die Beseitigung der Kriegsgefahr ebnen den Sozialisten auf der ganzen Welt den Weg. Die Stunde des Sozialismus hat geschlagen. Mit der einheitlichen Politik aller Schwesterparteien, die entscheidend auf die Politik ihrer Länder einwirken werden, um Freiheit, Frieden und wirtschaftliche Sicherheit zu erkämpfen und zu erhalten, wird sich das gesamte Weltbild von Grund auf ändern. Der internationale Sozialismus wird die Zusammenarbeit der Völker der Erde fördern, und es ist nicht zu übersehen, daß in dieser Bewegung die asiatischen Völker den Vortritt haben werden.

Die glänzende Geschichte der SPD ist uns bekannt. Wir wissen, daß sie heute entscheidend in das politische Leben ihres Landes eingreift, und hoffen, daß sie morgen das Ruder des großen Schiffes, das „Deutschland“ heißt, ergreifen kann, um das Land zu der erhofften Wiedervereinigung der Ost- mit der Westzone zu führen. (Beifall.)

Wir, die aus kleinen Ländern mit schwachen sozialistischen Bewegungen stammen, sind immer stark beeindruckt, wenn wir nicht nur durch Bücher und Zeitungen, sondern auch in Wirklichkeit mit den Errungenschaften der großen historischen Parteien in Berührung kommen können. Die griechische sozialistische Bewegung, die einen sehr schweren Verlust durch den Tod ihres anerkannten Hauptes, Professor Alexander Svolos, erlitten hat, ist nun im Begriff, sich wieder aufzuraffen und ihren Kampf von neuem zu beginnen.

Wir sind über Eure Erfolge begeistert und wünschen Euch noch weitere. Hoffentlich können wir es Euch bald nachmachen (Beifall).

Wilhelm Mellies: Die Grüße der luxemburgischen Sozialdemokratie überbringt uns Dr. Victor Bodson, Justizminister und Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Luxemburgs (Beifall).

Victor Bodson: Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden! Das großherzogtümliche Luxemburg, das Sie ja alle kennen, hat meinen Freund Hummer und mich beauftragt, Ihnen die Grüße der sozialistischen Arbeiterpartei Luxemburgs zu übermitteln. Ich freue mich, heute hier zu sein; denn in der Vergangenheit haben wir schlimme Tage erlebt. Ich erinnere mich noch an jene Tage des Jahres 1934 an der Saar, und wie dann der schwarze Schleier herunterging und wir uns als wenige zusammenfanden, als außerordentlich wenige in London während der fünf Jahre. Wir haben auch in Luxemburg ein Drittel unseres Landes zerstört gefunden und haben es wieder aufgebaut. Wir haben dafür gesorgt, daß unseren alten Arbeitern Pensionen gewährt wurden, die zumindest 300 DM pro Monat ausmachen (Beifall). Wir haben auch dafür gesorgt, daß keinerlei Arbeitslosigkeit in Luxemburg herrscht und daß jeder genügend zum Essen und zum Wohnen hat (Beifall). Wir waren der Ansicht, daß es absolut notwendig sei, jedem die größte Entfaltung seiner Fähigkeit zu geben. Bei uns ist es glücklicherweise so, daß der Sohn des kleinen Mannes, auch ohne Geld von seinem Vater zu bekommen, es zu den höchsten Stellen bringen und Arzt, Rechtsanwalt, Ingenieur usw. werden kann, wenn er dazu die Fähigkeiten hat. International ist Luxemburg bekannt als der Sitz der Hohen Behörde für Stahl und Kohle. Auch damals haben wir in der Ratlosigkeit der sechs Länder, wohin sie ihre erste europäische Institution stellen sollte, Luxemburg zur Verfügung gestellt, und alle die, die dort sind, gefallen sich dort sehr wohl (Heiterkeit). Auch in der letzten Woche — mein französischer Kamerad hat davon gesprochen — haben wir Deutschland und Frankreich unsere Stadt zur Verfügung gestellt, um ihre Differenzen zu bereinigen. Unsere Selbstlosigkeit ging so weit, daß wir sogar unser eigenes Gebäude und ich mein eigenes Büro zur Verfügung stellten (Beifall). Wir hoffen aber in diesem Zusammenhang, daß die Regelung der Differenzen nicht auf dem Rücken von Luxemburg ausgetragen wird. Wir hoffen, daß man den Opferwillen des kleinen luxemburgischen Landes anerkennt und ihm nicht etwas aufzwingt, was einen wirtschaftlichen Ruin bedeuten könnte, nämlich den Moselkanal (Beifall), oder aber, wenn man ihn schon haben will, daß man dann alle diejenigen, die dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden, auf denselben Nenner bringt, das heißt ihnen zusichert, was ihnen zukommt. Ich wollte Euch das sagen und dann einen zweiten Gedankengang sehr kurz erörtern. Ich habe hier festgestellt, daß verschiedene meiner Vorredner sozia-

listisch und, erlauben Sie mir das, ein wenig national gesprochen haben. Ich glaube, wir müssen in den nächsten Jahren alle noch eine Läuterung durchmachen. Wir alle müssen verstehen, daß das Wohlergehen des einen auch das Wohlergehen des anderen bedeutet (Beifall). Wir müssen verstehen, daß wir unsere internationalen Verpflichtungen in einem gewissen Sinne gemeinsam tragen müssen, daß wir uns zusammentun müssen, um in der EURATOM die Atomenergie zu friedlichen Zwecken zu nützen, und müssen im allgemeinen darauf bedacht sein, daß die einzelnen von uns, die auf der Bühne stehen, zwar nicht durch einen Personenkult gehuldigt werden, daß ihnen aber jedenfalls draußen der Rücken gestärkt wird und daß sie nicht auch noch von ihren Freunden mit angegriffen werden (Beifall).

In diesem Sinne, meine lieben Kameradinnen und Kameraden, richte ich an Sie einen Wunsch: es haben diejenigen aus Eueren Reihen, die in der ersten Reihe kämpfen, ein Anrecht, immer wieder von den Parteigenossen gestützt zu werden. Die Gegner müssen abgewehrt werden. Die Einigkeit ist das, was wir erstreben. Einigkeit macht stark, und in diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen recht schönen Erfolg (Beifall).

Wilhelm Mellies: Das Wort hat der Sekretär der niederländischen Partei der Arbeit, Genosse Mensink.

Willem Mensink: Genossinnen und Genossen! Leider ist es meinem Freund Evert Vermeer, dem neuen Vorsitzenden unserer Partei, nicht möglich, sein Vorhaben, hier anwesend zu sein, auszuführen. Deshalb ist es meine Aufgabe, aber auch für mich eine Ehre und eine Freude, Ihnen die Grüße und guten Wünsche der niederländischen Partij van de Arbeid zu Ihrem Kongreß überbringen zu können.

Sie bereiten sich auf einen harten Wahlkampf vor. Wir haben den unsrigen soeben wieder siegreich bestanden. Wir wünschen Ihnen, daß Ihr Erfolg den unsrigen übertreffen werde. Es wird Ihnen wohl keineswegs unbekannt sein, daß ein erfolgreicher Wahlkampf nicht am Ende einer arbeitsreichen Periode steht, sondern die Jahre verantwortlicher Politik einleitet. Die Probleme, die dabei eine Rolle spielen, sind in unseren Ländern vielfach dieselben, wenn es auch bei Ihnen und bei uns Sonderprobleme gibt, die einen Vergleich nicht zulassen.

Die Parteiverhältnisse, Genossinnen und Genossen, in den Niederlanden machen Einparteiregierungen unmöglich. Seit elf Jahren sind die Sozialisten an den Koalitionsregierungen führend beteiligt. Unser Wahlsieg gab erneut Anlaß, die Regierungsbildung unserem bewährten Genossen Dr. Drees zu übertragen, der in seiner schon elfjährigen Ministerschaft seit Kriegsende zu einer weit über die sozialistischen Parteigrenzen hinaus gewürdigten Figur geworden ist.

Die Regierungsbildung ist nicht einfach. Unsere Koalitionspartner wünschen nicht nur so wenig wie möglich einen sozialistischen Stempel auf dem Regierungsprogramm. Sie sehen in uns, Genossinnen und Genossen, soweit es sich um konfessionelle Parteien handelt, außerdem einen Gegner, der die Basis der konfessionellen Parteibildung angreift. Nach unserer Auffassung

sollen Menschen christlich oder humanistisch sein, nicht aber Parteien. Parteien sind in der Demokratie notwendige Gebilde. Die Etikette, die sie tragen, ist noch kein Beweis, daß ihre Führer als wirkliche Christen oder Humanisten handeln (Beifall). Aus diesem Gegensatz heraus sind die Koalitionsverhandlungen nicht leichter geworden. Man sagt daher auch scherzhaft, daß eine Regierungsbildung in Holland ebenso lange dauert, wie eine Regierung in Frankreich lebt (Heiterkeit).

Bei den jüngsten Koalitionsverhandlungen bildeten zwei Fragen besondere Schwierigkeiten. Neben den Mieten und Wohnungen war dies vor allem die Frage unseres Verteidigungsbeitrags. Wir sind Mitglied der NATO und wollen unsere Verpflichtungen erfüllen. Wer seine Freiheit will, soll diese Freiheit auch verteidigen (Beifall). Das heißt aber nicht, daß wir unbegrenzt und ohne Rücksicht auf die internationalen Entwicklungen widerspruchlos einem steigenden Wehrhaushalt gegenüberstehen. Wir wissen, daß man sein Geld nur einmal ausgeben kann und suchen ein gerechtfertigtes Verhältnis bei der Verteilung der Mittel, die uns für unsere vielseitigen Aufgaben in der Gesellschaft zur Verfügung stehen. Diese Aufgaben, Genossinnen und Genossen, wachsen fortwährend. Mit großem Interesse sehen wir dem Teil Ihres Kongresses entgegen, der sich mit der sogenannten zweiten industriellen Revolution beschäftigt. Automation und Kernspaltung dürfen den demokratischen Sozialismus nicht unvorbereitet überraschen. Unsere Partei hat diesem Thema in den Niederlanden vor einigen Monaten einen außerordentlichen Kongreß gewidmet. Die schwedischen Sozialisten haben ein Gleiches getan. Die Pionierleistung der bayerischen Sozialdemokraten darf ich hier als bekannt voraussetzen. Aus dieser Erwähnung darf ich schließen, daß es bei aller Verschiedenheit unserer Situation gemeinsame Probleme gibt. Und viele der sogenannten „nationalen“ Probleme sind bei näherem Einblick dennoch gemeinsame Probleme! Dies gilt nicht zuletzt für Ihr großes Problem der Wiedervereinigung. Seien Sie davon überzeugt, daß wir allen Möglichkeiten in dieser Frage die größte Aufmerksamkeit schenken. Die Grenze, die Ihr Land scheidet, trennt gleichzeitig unser aller Heimat: Europa. In einer Welt, die das Entstehen großer und mächtiger Kontinente in 50 entscheidungsreichen Jahren gesehen hat, ist für unseren Kontinent endgültig die Zeit vorbei, in der man sich uninteressiert verhalten kann gegenüber dem Schicksal des Nachbarn.

Diese Solidarität zu bezeugen sind wir hier, und wir wissen, daß Ihre Kongreßentscheidungen Ihr und unser Schicksal mitbestimmen. Nicht zuletzt hierin mögen Sie unser Interesse an Ihrem Kongreß sehen und die Aufrichtigkeit unseres Wunsches, daß es ein guter und erfolgreicher Kongreß sein möge! Ich danke Ihnen. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Für die Norwegische Arbeiterpartei spricht zu uns der Außenminister Norwegens, Halvard Lange.

Halvard Lange: Sehr verehrte Anwesende, liebe Genossinnen und Genossen! Im Namen des Parteivorstands der Norwegischen Arbeiterpartei ist es mir eine große Freude, diesen Parteitag und durch ihn alle Genossen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die herzlichsten Grüße und Glückwünsche der norwegischen Bruderpartei zu überbringen.

Wir in der Norwegischen Arbeiterpartei folgen mit größter Sympathie und Interesse dem Kampf der SPD für die Ideen, die uns gemeinsam sind, die Ideen des demokratischen Sozialismus.

Nach 21 Jahren Tätigkeit als Regierungspartei, davon die letzten 10 $\frac{1}{2}$ Jahre mit reiner parlamentarischer Mehrheit (Beifall), sind wir jetzt daran, unsere Arbeitspläne für eine neue Vierjahresperiode nach den Wahlen im Herbst 1957 aufzustellen. Seit den Verheerungen und der Zerrüttung der Kriegsjahre ist unsere Wirtschaft im raschen Wachstum. Die Schwierigkeiten, die auch wir haben, hängen im wesentlichen mit diesem raschen Wachstum zusammen. Bei der Vorbereitung unserer Zukunftspläne sind wir uns voll bewußt, daß wir die Probleme, vor die uns die Perspektiven der neuen industriellen Revolution stellen, nur lösen können in immer engerer Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinaus. Das gilt auch für die großen neuen Aufgaben auf dem Gebiete der Erziehung und der Kulturpolitik und dort, wo es sich um den Ausbau der Sozialpolitik handelt. Erst recht aber gilt es dort, wo wir an die große Aufgabe herangehen, den Frieden der Welt zu sichern.

In der atlantischen Gemeinschaft fest verankert, möchten wir als sozialistische Partei zum Ausbau der internationalen Zusammenarbeit auf allen Gebieten beitragen, nicht zuletzt zur Zusammenarbeit mit den alten Völkern aber jungen Staaten Asiens und Afrikas, um die Lösung der Probleme, die uns gemeinsam sind, die Beseitigung der Not, der Armut und die Entwicklung der unterentwickelten Länder zu finden.

In der Weltpolitik erlebten wir in der letzten Zeit Ereignisse, die für unsere Bewegung neue Möglichkeiten eröffnen im Kampf innerhalb jedes einzelnen Landes gegen den totalitären Kommunismus, dessen Anhänger und Mitläufer sich als Folge der Enthronung Stalins in tiefer Krise befinden. Gleichzeitig hat die Änderung im außenpolitischen Benehmen der Sowjetmachthaber anscheinend eine bessere Atmosphäre für die Lösung internationaler Streitfragen geschaffen. Damit bessern sich auch die Aussichten für eine Stärkung unserer sozialistischen Politik des Wohlstandes, der sozialen Gerechtigkeit und des kulturellen Fortschritts. In dieser Lage stellt sich dieser Parteitag die Aufgabe, Richtlinien einer demokratisch-sozialistischen Politik in der Einigungsfrage sowie für eine gesamtdeutsche Außen- und Innenpolitik aufzustellen.

Wir in der norwegischen Bruderpartei wünschen dem Parteitag allen Erfolg dabei. Nicht nur für alle Deutschen, sondern für alle Demokraten und für den künftigen Frieden in der Welt ist die Erringung der deutschen Einheit in Freiheit eine zentrale Forderung (Beifall).

Wenn ich eine Hoffnung aussprechen dürfte, wäre es diese: Möge es Euch gelingen, Richtlinien aufzustellen für eine deutsche Politik, die unter Berücksichtigung der harten Notwendigkeit, der fortgesetzten Sicherung der demokratischen Welt gegen jegliche Aggressionsgelüste dazu beitragen könnte, die lebenswichtige Solidarität und Zusammenarbeit nicht nur aller demokratischen Sozialisten, sondern aller freiheitlichen demokratischen Kräfte der Welt zu fördern.

Noch einmal spreche ich Euch die herzlichsten Wünsche meiner Partei für den Erfolg der Arbeit dieses Parteitages aus. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Es spricht jetzt zu uns M. Jussuf Khan, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Pakistans.

M. Jussuf Khan: Liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, Ihnen unseren traditionellen Gruß auszusprechen: „Islam Alakam“! Er bedeutet: „Friede sei mit Euch, die ihr hier versammelt seid, Friede sei mit dem ganzen deutschen Volk und allen Menschen auf Erden!“ (Stürmischer Beifall.) Genossen, wir sind hier zu einem Zeitpunkt zusammengekommen, da sich wichtige Umwälzungen der Weltlage vollziehen. Einer der wichtigsten Zwecke dieses Parteitages ist es daher wohl, diese Änderungen zu beurteilen und zu bewerten und in ihrem Rahmen Wege zu finden, den Völkern ein Leben des Friedens und Fortschritts zu sichern.

Kapitalismus und Imperialismus sind von der Menschheit verdammt und in den meisten Teilen unserer Erde erfolgreich bekämpft worden. In anderen Teilen der Welt ist der Kampf noch im Gang, doch ist der Tag nicht fern, da Imperialismus und Kapitalismus der Vergangenheit angehören werden. (Lebhafter Beifall.)

Auch der Kommunismus ist im Wandel begriffen und steht vor einem eigentümlichen aber unvermeidlichen Prozeß des Verfalls. Unser Wunsch ist, daß ein unverfälschter demokratischer Sozialismus sowohl das kapitalistische wie auch das kommunistische System ablösen möge (Beifall).

Es ist darum wesentlich, daß wir die Dinge neu und mutig überdenken und Mittel und Wege finden, die sozialistischen Ideen konstruktiv weiterzuentwickeln. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist in der äußerst glücklichen Lage, diese Anforderungen erfüllen zu können. Ich kann Sie versichern, daß Sie auf diesem Weg nicht allein sein werden. Ein großer Teil der internationalen sozialistischen Bewegung geht mit Ihnen, besonders die Sozialisten Asiens und der Länder, die erst vor kurzem ihre Unabhängigkeit erreicht haben. (Stürmischer Beifall.)

Liebe Freunde! Ihr Land ist im Krieg schwer zerstört worden. Sie haben aber in kurzer Zeit erstaunliche Fortschritte gemacht, und Ihr Volk steht wieder stolz auf eigenen Füßen. Daß ein besiegtes Volk und ein verwüstetes Land sich so schnell wieder erholen konnten, ist eine große Leistung, für die es in der Geschichte wenige Beispiele gibt. Dafür gebührt dem deutschen Volk unser Glückwunsch, den wir besonders an die Arbeiterschaft Deutschlands richten, die sich unermüdlich abgemüht und sich dabei Ruhe und Annehmlichkeiten versagt hat (Beifall).

Sie wissen vielleicht, daß das Volk von Pakistan den Deutschen besondere Sympathien entgegenbringt. Dieses Gefühl ist nicht Ergebnis irgendeiner Propaganda, sondern eine natürliche und spontane Zuneigung. Vielleicht rührt sie daher, daß unsere nationalen Merkmale viel Ähnlichkeit haben. Es kann auch daran liegen, daß Ihre jüngste Vergangenheit nicht mit dem Kolonialismus belastet ist, oder auch an der Tatsache, daß durch einen geschichtlichen Zufall unsere beiden Völker gegen die gleichen internationalen Mächte gekämpft haben. Wie dem auch sei, auf jeden Fall besteht in Pakistan ein herzliches Gefühl Deutschland gegenüber, und ich hoffe, daß es wachsen wird und daß unsere beiden Völker Seite an Seite den Weg des Friedens und der Freundschaft unter den Menschen gehen werden (Beifall).

Liebe Freunde! Von dem Augenblick an, da ich Ihr Land betrat, erfüllte mich das schmerzliche Bewußtsein, zu einem zerstückelten Volk gekommen zu sein. Die eine Hälfte dieses Volkes kann ich sehen und kann seinen Puls fühlen. Wie die andere Hälfte im Osten lebt, die Gelegenheit, dies zu sehen, ist mir versagt. Meine Hoffnung ist, daß bei meinem nächsten Besuch die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands vollzogen und die jetzt noch bestehende unnatürliche Teilung Deutschlands für immer überwunden sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit kurz auf die Sozialistische Partei Pakistans hinlenken. Nach der Gründung des Staates Pakistan war die Sozialistische Partei vergleichbar einer Armee-Einheit, die vom Feinde umschlossen und von ihrer Haupttruppe und allen Versorgungslinien abgeschnitten ist. Ich freue mich jedoch, Ihnen mitteilen zu können, daß es dem beharrlichen Bemühen einer kleinen Gruppe sozialistischer Kämpfer gelungen ist, diese Umzingelung zu durchbrechen, und daß wir uns jetzt auf dem Wege eines dauernden, wenn auch noch langsamen Fortschritts befinden. Ich bitte Sie, diese sozialistische Kraft in Pakistan nicht zu vergessen (Beifall).

Zum Schluß danke ich Ihnen persönlich und im Namen der Sozialistischen Partei Pakistans für die Möglichkeit, die Sie mir gegeben haben, an Ihrem Parteitag teilzunehmen und die Arbeit Ihrer machtvollen Bewegung beobachten zu können.

Es lebe die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Es lebe die Sozialistische Partei Pakistans!

Es lebe die Sozialistische Konferenz Asiens!

Es lebe die Sozialistische Internationale! (Stürmischer Beifall.)

Wilhelm Mellies: Es spricht jetzt das Mitglied des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, Verteidigungsminister Torsten Nilsson.

Torsten Nilsson: Liebe Genossinnen und Genossen! Im Namen der Sozialdemokratischen Partei Schwedens grüße ich den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vor weniger als zwei Monaten hatten wir die große Ehre, Erich Ollenhauer, Herbert Wehner und Fritz Heine als deutsche Gäste zu unserem Parteitag zu begrüßen. Wir betrachteten diesen Besuch als Beweis dafür, daß die deutsche Sozialdemokratie sich mit den schwedischen Sozialdemokraten eng verbunden fühlt.

Wir schwedischen Genossen verfolgen auch die Politik der deutschen Sozialdemokratie mit großem Interesse. Das Problem Deutschland ist wichtig nicht nur für die Deutschen, sondern auch für alle ihre Nachbarn. Wir verstehen gut, daß die deutschen Genossen die Frage der Wiedervereinigung in den Vordergrund ihrer politischen Bestrebungen gestellt haben. Die Spaltung Deutschlands ist auf lange Sicht eine Gefahr für die Stabilität Europas, und eine Wiedervereinigung in Freiheit wäre einer der wichtigsten Beiträge zu einer internationalen Entspannung (Beifall).

Als schwedischer Verteidigungsminister habe ich natürlich besondere Gründe gehabt, die Diskussion über die neuen deutschen Streitkräfte zu verfolgen.

Wir wissen alle, wie schwer die Militärausgaben auf die Völker drücken. Im Innersten hoffen wir, daß die modernen Massenvernichtungswaffen sich als so furchtbar erweisen werden, daß sie früher oder später eine Abrüstung erzwingen. Angesichts der neuen schwindelnden Perspektiven müssen wir dies als die beste Verteidigung gegen Tod und Zerstörung empfinden. Man bewahrt aber den Frieden nicht durch das Loben seiner Vorteile allein. Die Voraussetzung einer Abrüstung ist, daß auf der ganzen Linie solche internationalen Übereinkommen zustande kommen, die den Menschen Zuversicht und Sicherheit geben können. Wir verfolgen deshalb mit gespannter Aufmerksamkeit die laufenden Überlegungen über internationale Abrüstung. Aber, Genossen und Genossinnen, wir haben gelernt, uns nicht einem übertriebenen Optimismus hinzugeben. Bis internationale Bestimmungen im Zusammenhang mit einem ganz effektiven Kontrollsystem getroffen sind, müssen wir uns gedulden und uns der Mittel, die die jetzige Unsicherheit notwendig macht, bedienen.

Eine Armee kann doch unter gewissen Umständen ein Staat im Staate werden. Wir glauben aber, daß in Schweden diese Probleme gut gelöst sind. Die Notwendigkeit einer Wehrmacht und von ziemlich hohen Militärausgaben als einer Stütze unserer traditionellen, allianzfreien Außenpolitik wird von der schwedischen Arbeiterbewegung akzeptiert, und die Wehrmacht hat sich der schwedischen Demokratie untergeordnet. Mit großer Genugtuung haben wir festgestellt, daß der westdeutsche Bundestag im Aufbau der neuen Streitkräfte dem Beispiel des schwedischen Militärbevollmächtigten gefolgt ist. Wir betrachten es als sehr wichtig, daß der Soldat in dem modernen Verteidigungswesen die Rechtssicherheit der Demokratie genießt. Dadurch wird die Armee auch ein zuverlässiger Schutz für die Demokratie, für Freiheit und Selbständigkeit.

In Schweden beschäftigen wir uns aber vor allem mit unseren innenpolitischen Problemen. Wir stehen vor Wahlen im September, und noch einmal wird die bürgerliche Opposition versuchen, uns aus der Regierung zu vertreiben. Seit fast 24 Jahren trägt die Sozialdemokratie die Hauptverantwortung für die Politik Schwedens, und es ist verständlich, daß die Opposition mit der Zeit von einer gewissen Verzweiflungsstimmung ergriffen wird. Die bürgerlichen Oppositionsparteien werden uns deshalb einem Sperrfeuer von Propaganda aussetzen. Die politischen Kräfteverhältnisse verändern sich aber nicht so schnell in Schweden wie in Deutschland. Wir glauben auch nicht, daß die bevorstehenden Wahlen große Veränderungen bringen werden. In der Nachkriegszeit ist der Lebensstandard in Schweden stark gestiegen, und wir haben wichtige soziale Sicherheitsprobleme gelöst. Dank dieser Entwicklung hat die Sozialdemokratie das Vertrauen der Wähler bewahrt.

Das bedeutet aber nicht, daß alle Fragen schon gelöst sind. Der steigende Lebensstandard schafft wiederum neue Probleme. Wenn die Menschen Geld genug haben, um bessere Wohnungen zu mieten oder eigene Wohnhäuser zu bauen, wird das Problem des Wohnungsmangels verschärft. Wenn die Schweden mehr Autos kaufen als jedes andere Volk Europas, müssen wir auch bessere Landstraßen bauen. Wenn die Eltern ihren Kindern eine bessere Ausbildung geben wollen und können, müssen wir neue Schulen bauen. Der Mangel an diesen Dingen schafft eine Unzufriedenheit, die von der politischen Opposition ausgenützt werden kann. Dazu kommt noch, daß neue große

Investitionen notwendig werden, um die Atomenergie zu entwickeln und die Industrie zu modernisieren. Zur selben Zeit sind wir an einen Punkt gekommen, wo eine Kürzung der Arbeitszeit und eine Verbesserung der Pensionsverhältnisse für Arbeiter und Angestellte als sozial notwendig betrachtet werden. Wir stehen also vor großen Aufgaben und wir wissen, daß die Verantwortung des Staates und der Gemeinden damit wächst. Es wird auch als eine Verantwortung des Staates betrachtet, die Vollbeschäftigung zu sichern und zugleich Preissteigerungen zu verhindern. Zu diesem doppelten Problem haben wir noch keine endgültige Lösung gefunden. Dieser Knoten ist mühseliger als der gordische zu lösen; denn er läßt sich nicht mit dem Schwert zerhauen. In keinem Fall wollen wir die Vollbeschäftigung opfern, die für die Sicherheit und den Wohlstand des schwedischen Volkes so viel bedeutet. Wie früher werden wir für das Prinzip des Rechtes auf Arbeit kämpfen. Wir wissen, daß die deutschen Genossen ähnliche Probleme diskutieren, und wir sind überzeugt, daß wir auf diesen Gebieten viel voneinander zu lernen haben. Die sozialdemokratischen Parteien stehen überall vor der Aufgabe, Demokratie, Sicherheit, Gleichheit und wachsenden Wohlstand zu vereinigen.

Persönlich bin ich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die mir in meiner Jugend Gelegenheit gab, auf einer ihrer sozialistischen Schulen mit den Gedankengängen der deutschen Genossen in Berührung zu kommen, zu großem Dank verpflichtet. Seitdem habe ich mich immer im Herzen mit der deutschen Sozialdemokratie verwandt gefühlt. Ich werde deshalb mit gespannter Erwartung auf die Debatten dieses Parteitages hören, und ich bin davon überzeugt, daß sie der internationalen Sozialdemokratie neue Anregungen für ihre zukünftige Arbeit geben können.

Noch einmal meine herzlichsten Grüße von den schwedischen Genossen zum Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands! (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Das Wort nimmt Nationalrat Walther Bringolf, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Walther Bringolf: Genossinnen und Genossen! Zunächst möchte ich dem Parteivorstand dafür danken, daß er auf Ihrem Kongreß auch den Vertretern der kleinen Parteien Gelegenheit gibt, einige Worte an Sie zu richten. Ich hoffe, daß dieser schöne Brauch, auch wenn er Ihre Geduld — besonders bei dieser Hitze — sehr stark in Anspruch nimmt, aufrechterhalten wird, und ich werde mich bemühen, dafür einige Minuten weniger lang zu sprechen (Heiterkeit).

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist für mich eine besondere Ehre und Freude, Ihnen die brüderlichen Grüße der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu überbringen. Nicht zum ersten Mal seit Kriegsende habe ich Gelegenheit, die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, die stärkste Partei unseres Landes, auf einem Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu vertreten. Unsere Partei hat sich in den Wahlen im vergangenen Monat Oktober, als die Eidgenossen ihr Parlament bestellten, erneut als stärkste Partei des Landes erwiesen und ihre Stellung als stärkste Fraktion des Nationalrats zurückerobert. (Lebhafter Beifall.) Allerdings ist die Sozialdemokratische Partei der Schweiz in der Regierung nicht vertreten, jedoch

nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern es sind Spannungen zwischen uns und den bürgerlichen Parteien vorhanden. Vor allem handelt es sich für uns darum, unseren berechtigten Anspruch auf eine entsprechende Vertretung, die unseren Wünschen und Forderungen nachkommt, zu berücksichtigen. Wir wollen nicht eine Vertretung, die man uns gewissermaßen gnädigerweise zubilligt.

In unserem Lande stehen auch die sozialen Probleme wie überall im Vordergrund, Erhaltung der Vollbeschäftigung, Verbesserung der Altersversicherung durch Erhöhung der Renten, größerer Anteil der Arbeiter und Angestellten am Sozialprodukt. Durch die Hochkonjunktur sind die Gewinne gewaltig gestiegen, und auch die Einkommen der mittleren und oberen Schichten sind stark gesteigert worden. Die Einkommen der Arbeiter und eines großen Teils der Angestellten entsprechen aber bei uns immer noch nicht dem, was Partei und Gewerkschaften wünschen und erwarten, und was sie daher erst noch erkämpfen müssen.

Mit Spannung, Genossen und Genossinnen, erwarten wir Schweizer Sozialdemokraten die Beratungen und Beschlüsse dieses Parteitages. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist ein großes und ernstes Problem. Wir wünschen sie in Freiheit und Frieden. Wir sind überzeugt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als Hüterin der Grundsätze der Demokratie, des Sozialismus und der Freiheit führen wird.

Der Sturz Stalins nach seinem Tod hat uns allen die ewige Wahrheit des humanitären Sozialismus bestätigt (Beifall). Immer gilt es, so wie gestern, heute und morgen, wo wir auch arbeiten, wo wir auch verhandeln, wo wir kämpfen, die Treue zu bewahren. Alle jene, die nicht in Freiheit und in demokratischer Gemeinschaft für die Ideale des Sozialismus kämpfen können, dürfen wir nicht vergessen, sie haben Anspruch auf unsere Solidarität (Beifall). In diesen Tagen und Stunden — nehme ich an — sind wir alle der Meinung, daß unsere Auffassung auch Herr Chruschtschow hören soll und hören muß (Beifall).

Die moralische Kraft der Sozialdemokraten über alle Zeiten, über Aufstieg und Niedergang, über Erfolge und Niederlagen, hinweg liegt in der Achtung und Wahrung ihrer freiheitlichen Grundsätze. Sie sind es, die Weg und Ziel bestimmen, sie sind es, die diesen Parteitag beherrschen und, wie ich hoffe, beseelen werden, weil nicht nur die Werktätigen Deutschlands, sondern die Werktätigen aller Länder auf Eure Beratungen warten und blicken. Darum erfolgreiche Arbeit! (Bravo und Beifall!)

Wilhelm Mellies: Das Wort hat der Generalsekretär der Spanischen Sozialdemokratischen Partei im Exil, Rodolfo Llopis.

Rodolfo Llopis (von Beifall begrüßt) spricht spanisch. Prof. Carlo Schmid: Rodolfo Llopis hat ausgeführt:

Liebe Genossen! Es freut mich, wieder einmal einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie beizuwohnen und Euch die brüderlichen Grüße der spanischen Sozialisten zu überbringen. Ihr wißt, daß wir schon über 17 Jahre im

Exil leben. Ich überbringe Euch aber auch die Grüße jener, die jenseits der Grenzen den Kampf in jenem großen Kerker, den Spanien heute darstellt, gegen die Tyrannei des Franco-Regimes in unwandelbarer Treue zum sozialistischen Ideal weiterführen. (Lebhafter Beifall.)

Diesmal allerdings bringe ich Euch mit den Grüßen der spanischen Sozialisten auch die Hoffnung, nein, ich möchte sagen, die feste Überzeugung, daß das Franco-Regime in eine tödliche Krise geraten ist und sein Todeskampf bereits begonnen hat. (Erneuter Beifall.)

Ihr wißt es ja selbst aus eigener Erfahrung, daß die Diktaturen durch die Gewalt zur Macht kommen und sich auf bestimmte Interessenskreise stützen, die aus dem diktatorischen Regime ihren Vorteil ziehen. Aber es gibt auch noch andere Spitzen der Diktatur, den Terror des Polizeiapparats und die grausamen Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber allen ihren Untertanen. Wenn aber die Furcht beginnt, sich zu verflüchtigen, dann kann man sagen, daß die Tage der Diktatur gezählt sind. Und in Spanien, liebe Genossinnen und Genossen, haben die Spanier bereits die Furcht vor dem terroristischen Herrschaftsapparat der Diktatur Francos verloren.

Ich denke dabei vor allem an das wunderbare Beispiel der Rebellion der Studenten und Professoren der spanischen Universitäten im Februar dieses Jahres und auch an die großartige Protestaktion der Arbeiterschaft im April 1956. Ich denke an die neue Generation Spaniens, die, unter der Diktatur aufgewachsen, die geistige Bindung zur Falange zerbrochen hat, als sie geistig mündig wurde. Diese junge Generation Spaniens hatte mit heißem Herzen kundgetan, daß ihre Ziele die Freiheit und die soziale Gerechtigkeit sind. Obwohl der Streik für die Arbeiterschaft unter der Diktatur Francos als Verbrechen angesehen und schwer bestraft wird, haben die Arbeiter von Pamplona, Bilbao, Barcelona und Valencia nicht gezögert, in den Streik zu treten, um sich gegen die unerhörte Ausbeutung der weit unter dem Existenzminimum liegenden Löhne zu wehren (Beifall). Seit 20 Jahren versucht das Franco-Regime die Jugend und vor allem die Arbeiterschaft an sich zu ziehen, und die Machthaber Spaniens glaubten, daß sie die Arbeiterschaft und die Jugend für sich gewonnen hätten. Das Gegenteil aber ist der Fall. Die Jugend und die Arbeiterschaft rebellieren gegen das Regime.

Ich nehme die Gelegenheit wahr, hier von der Tribüne des sozialdemokratischen Parteitags der Bundesrepublik der Arbeiterschaft Spaniens und den Studenten und Professoren der spanischen Universitäten, die es gewagt haben, der Diktatur entgegenzutreten, unser aller brüderlichen Gruß und unsere Solidarität zum Ausdruck zu bringen. (Anhaltender starker Beifall.)

Die Krise der spanischen Diktatur bezieht sich aber nicht nur auf die Universitätskreise und die Arbeiterschaft. Sie bezieht sich bereits auf alle Bevölkerungskreise des spanischen Volkes. Niemand redet mehr in Spanien von der Zukunft des Regimes; alle sprechen von der Nachfolgeschaft des Regimes.

Daher sehen wir auch heute, daß die katholische Kirche, die es so gut versteht, sich den Umständen anzupassen, durch ihre Bischöfe das Regime in sei-

nem sozialen Bereich angreift, und der Primas von Spanien hat sogar vor kurzem erklärt, die Kirche sei stets Feindin der totalitären Herrschaftssysteme gewesen.

Die Lage der spanischen Diktatur hat sich zudem durch den Verlust der marokkanischen Territorien verschlechtert. Marokko war stets eine Belastung der spanischen Politik. In Marokko haben wir in sinnloser Weise Millionen unserer Volksgenossen verloren, um dem Machtdurst unserer Militaristen Genüge zu leisten. Für unsere Militärs war Marokko der große Vorwand, um in Spanien eine Armee aufrechtzuerhalten, die das Land in Wirklichkeit nie benötigt hat und die es wirtschaftlich kaum erhalten kann. Franco, der wie alle Diktatoren dem Lande die Größe und ein Kolonialreich versprochen hatte, ist nun gezwungen, die Reste dieses Kolonialreiches zu liquidieren und die vielen Tausende in Marokko beschäftigten Offiziere arbeitslos werden zu lassen. Marokko war die Wiege des Franco-Putsches, der zum spanischen Bürgerkrieg führte; Marokko wird wohl auch das Grab des Franco-Regimes werden. Das Ansehen des Generals Franco in der Armee ist durch die Preisgabe Marokkos schwer in Mitleidenschaft gezogen. Franco hat nunmehr nur noch einen Weg: Washington. Daher hat er seinen Außenminister Martina Artajo nach Amerika geschickt. Er muß dort um Dollars betteln, damit der wirtschaftliche Zusammenbruch Spaniens verhütet werde, und er braucht einen internationalen Erfolg, um das Prestige der Diktatur in den Kreisen der Offiziere wiederherzustellen. Möglich, daß Franco nochmals Dollars im Austausch gegen Militärstützpunkte bekommt, anders ausgedrückt, er verkauft Spanien stückweise an das Ausland. Aber all dieses ist nicht nur eine Frage der Verhandlungen mit Washington. All dies hängt auch von den anderen demokratischen Ländern Europas und vor allem von der Kraft und dem Willen der Sozialisten in den einzelnen Ländern ab. Wir vertrauen darauf, daß die der Sozialistischen Internationale angeschlossenen Parteien und die Freien Gewerkschaften sich gegen jenen politischen „Realismus“ wenden, der die spanische Diktatur in die Kreise der NATO führen soll. Franco stützen, bedeutet einen Leichnam zu unterstützen.

Ich danke dem Genossen Mellies als dem Vorsitzenden der heutigen Tagung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in München, daß er des 20. Jahrestages des spanischen Bürgerkrieges gedachte. Es war am 18. Juli 1936, als einige eidbrüchige Generale sich in Spanien gegen die Republik erhoben. Sie wagten diesen Streich, weil sie mit der Unterstützung von Mussolini und Hitler rechnen konnten. Wir wurden in diesem ungleichen Kampfe besiegt, weil uns die demokratischen Länder im Stiche ließen, in der Meinung, daß ihnen unser Schicksal erspart bleiben wird. Sie haben sich getäuscht.

Aber das spanische Volk hat Hitler und die Nazi-Clique niemals mit dem deutschen Volk verwechselt, das deutsche Volk niemals für den Wahnsinn eines Hitler verantwortlich gemacht. Das spanische Volk weiß, daß die Legion Condor mit Franco gekämpft hat, aber es weiß auch, daß viele deutsche Genossen auf unserer Seite für die Freiheit kämpften und unseren Dank verdienen.

Kurt Schumacher sagte mir, als ich ihn das erste Mal traf, daß die deutsche Sozialdemokratie sich niemals mit dem heute in Spanien herrschenden Re-

gime abfinden und keine Ruhe geben würde, bis es verschwinde. Diesem Geiste Schumachers entsprach, was heute hier von den leitenden Genossen Eurer Partei gesagt wurde. Wir freuen uns, zu wissen, daß wir Eurer Unterstützung gewiß sind im gemeinsamen Kampf für den Frieden, für die Gerechtigkeit, für den Sozialismus. (Anhaltender Beifall.)

Wilhelm Mellies: Als letzter ausländischer Gast spricht heute der Innenminister Oskar Helmer zu uns, Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Partei Österreichs.

Oskar Helmer: Werter Parteitag, liebe Genossinnen und Genossen! Die Sozialistische Partei Österreichs, in deren Namen ich spreche, hat mich und den Landeshauptmann-Stellvertreter Peyerl aus Salzburg zu Ihrem Parteitag delegiert, um Ihnen die Grüße unserer Partei zu überbringen und Ihnen auch gleichzeitig unsere Solidarität in Ihrem Kampfe zu bekunden. Wir haben weiter die Grüße der mehr als 600 000 Mitglieder unserer Partei zu überbringen. (Beifall.) Ihr Parteitag, der nunmehr stattfindet, fällt in eine Zeit, in der sich nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges die erstarrten Fronten gelockert haben und sich diese Fronten wieder in Bewegung setzen. Daß die Sowjetunion in den letzten elf Jahren nicht nur zwei Kontinenten, sondern der ganzen Welt ihren Stempel, ihre Politik aufdrücken konnte, das ist die Schuld erstens der dem Untergang anheimgegangenen faschistischen Systeme. Ich glaube aber auch, es ist die Schuld jener Siegermächte, deren führende Politiker es am notwendigen Weitblick und an der Einsicht in die sowjetischen Absichten fehlen ließen. Nur so konnte es kommen, daß die Sowjetunion die ihr im Laufe der Auseinandersetzungen mit dem Faschismus zugefallenen Gewinne an territorialem und politischem Einfluß in der Periode nach dem Kriege nicht nur behaupten, sondern sogar wesentlich vergrößern konnte. Man war in Sowjetrußland in der Auswahl der Mittel, um diesen Vorsprung zu halten, wahrhaftig nicht wählerisch. Die Umstände, unter denen die Oststaaten als sogenannte Volksdemokratien unter die Botmäßigkeit der Sowjetunion gebracht wurden, hätten zu anderen Zeiten zu schweren Konflikten und Auseinandersetzungen geführt. Die Völker der Welt waren aber zur damaligen Zeit mit einer Friedenssehnsucht erfüllt, und diese Friedenssehnsucht wurde von der Sowjetunion voll und ganz ausgenützt, um das gewalttätig Angeeignete zu festigen und zu erhalten. (Beifall.) Was damals kein Realpolitiker vorauszusagen wagte, trat in der gegenwärtigen Zeit ein: Der Abgang Stalins, der jahrelang mit dem Sowjetsystem identifiziert werden konnte, bedeutete jedoch vorerst keine Veränderung in der politischen Entwicklung der Sowjetunion. Erst im Jahre 1956 erachteten die neuen Machthaber des Kremls den Zeitpunkt für gekommen. Förmlich über Nacht vollzogen sie eine gewaltige Schwenkung ihrer Politik. Um den Beweis einer friedlichen Haltung zu erbringen, gab es für die Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten wahrhaftig viele Möglichkeiten: der Verzicht auf Ostdeutschland oder die Freigabe des Faustpfandes Österreich trat in den zehn Jahren oft in den Vordergrund. Die Sowjetunion entschied sich dafür, das Faustpfand Österreich freizugeben.

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir Österreicher können mit Recht für uns in Anspruch nehmen, daß wir an dieser Entscheidung nicht ganz unschuldig

waren. Ich brauche Ihnen, liebe Genossinnen und Genossen, nicht zu schildern, was eine langjährige Besetzung durch fremde Militärmächte und ganz besonders durch die Sowjetmacht bedeutet. Sie kennen das vielfach aus eigener Erfahrung. Die Lage Österreichs war aber im Jahre 1945 deshalb besonders schwierig, weil der zu Ende gehende Weltkrieg in seiner ganzen Wucht über große Teile des Landes hinweggegangen war und chaotische Zustände hinterlassen hat. Diese Zustände gaben einen günstigen Boden für das Entstehen extremer Strömungen ab. Die sowjetische Besatzungsmacht versuchte in der Zeit nach dem Einmarsch in Österreich den Eindruck hervorzurufen, sie sei Freund des österreichischen Volkes. Schlagartig änderte sich jedoch dieses Verhalten nach dem Ausgang der ersten freien Wahlen im November 1945. Die auf die österreichischen Kommunisten gesetzten Erwartungen wurden dabei auf das größlichste enttäuscht, und diese Enttäuschung wurde im Jahre 1950 für die Sowjetunion vergrößert, als die Kommunisten die letzte Chance einbüßten, Österreich in eine Volksdemokratie zu verwandeln. In dieser Zeit, die mehr als zehn Jahre andauerte und die uns eine schwere Bedrückung brachte, mußten wir einen Dreifrontenkrieg führen, erstens gegen die sowjetische Aggression, zweitens gegen die kommunistische Infiltration und drittens gegen die würgende wirtschaftliche Not, die in unser Land hereingebrochen war.

Wir können feststellen, daß in weniger als 10 Jahren diese Verhältnisse sich wesentlich gebessert haben. Im April 1945 standen wir Sozialisten vor der Entscheidung, ob wir uns mit den Vertretern jener Weltanschauungen an einen Tisch setzen sollten, die im Jahre 1937 die österreichische Demokratie zerstörten und ein faschistisches Hitlerregime aufgerichtet hatten, die die Sozialisten in den Kerker geworfen haben und ihres Eigentums beraubten. Unsere Entscheidung fiel im Jahre 1945 im Geiste der Toleranz und der staatspolitischen Vernunft. Das gilt für die Zusammenarbeit aller zur demokratischen Republik Österreich positiv eingestellten Kräfte. Das österreichische Volk sollte diese Entscheidung keinesfalls bereuen; sie wurde der politischen Reife der Bevölkerung gerecht, die es von Wahl zu Wahl in steigendem Maße bewies.

Genossinnen und Genossen! Ich bin kein Prophet! Aber ich glaube, daß ein Gegeneinanderwirken der beiden gleichstarken Parteien in Österreich statt eines Miteinanderarbeitens unter den Verhältnissen, die wir in den 10 Jahren erlebt haben, Österreich zum Bürgerkrieg getrieben, ein verheerendes Chaos herbeigeführt, die Teilung des Landes und schließlich den Abstieg in die Volksdemokratie gebracht hätte. Ein volksdemokratisches Österreich, das wage ich zu behaupten, wäre für die demokratischen Länder in ganz Europa von ungünstigen Folgen begleitet gewesen (Beifall). Die Zusammenarbeit der beiden staaterhaltenden Parteien ging nicht reibungslos vor sich, wie ich hier dem Parteitag mitteilen kann. Sie war aber ein zwingendes Gebot angesichts der großen Gefahr, die die militärische Besetzung und besonders die Besatzung in der Ostzone mit sich brachte. Nach dem Abschluß des Staatsvertrages im Jahre 1955 versuchten allerdings die radikalen Elemente innerhalb unseres Koalitionspartners, der Österreichischen Volkspartei, die Oberhand zu gewinnen. Sie verleitete die Parteiführung und die Vertreter in der Regierung zu mancherlei Ungesetzlichkeiten. Der Streit ging dann zunächst um das Erdöl. Es kam zu den Wahlen am 13. Mai 1956. Mit einem gigantischen

Aufwand an Propaganda wurden in der Bevölkerung Österreichs Angstwahlen hervorgerufen, indem man das Schreckgespenst ausmalte, was es bedeuten würde, wenn die Sozialisten in Österreich die Mehrheit bekämen. Ich kann heute Ihrem Parteitag sagen: Wir Sozialisten haben in diesem schweren Kampf unsere Position behauptet. Wir haben unsere Stimmen vermehren und unsere Mandate vergrößern können (Beifall). Wenn es zu einer Verschiebung der Stimmen gekommen ist, so ist dieser Stimmengewinn der ÖVP auf das Reservoir der liberalen Wähler zurückzuführen, die sich von ihrer bisherigen Interessenvertretung abgewandt haben und sich von der Antiverstaatlichungspropaganda beeinflussen ließen. Es waren in der Hauptsache Wahlen, die sich gegen die Verstaatlichung wandten und Wahlen, die auf die Angst der Bevölkerung zurückzuführen sind. Nach schweren Auseinandersetzungen, ob Koalition oder nicht, ob Teilnahme an der Regierung oder nicht, haben wir Sozialisten uns wiederum für die Zusammenarbeit in diesem Lande entschieden. Die Gründe möchte ich mit einem einzigen Satz sagen. Ich spreche hier nur für österreichische Verhältnisse. Dadurch, daß wir in Österreich mit unseren Gegnern fast gleich stark sind, sowohl in der Gliederung des ganzen Landes als auch in der Stimmenzahl — wir haben annähernd 2 Millionen Stimmen erreicht, und unser Gegner konnte die 2 Millionen um einige wenige überschreiten —, ist diese Zusammenarbeit notwendig. Die Verhältnisse liegen also bei uns wesentlich anders als bei Ihnen, und wir haben im Gegensatz zur ersten Republik mit der gemeinsamen Tragung von Arbeit und Verantwortung bessere Erfahrungen gemacht. Wir haben keinen Grund gesehen und sehen keinen Grund, von diesem durch die Landesverhältnisse bedingten System abzugehen. Bestehende Differenzen, die immer wieder auftauchen, mit demokratischen Mitteln auszutragen, erscheint uns vernünftiger, als im Lande irgendwie wieder starke Gegensätze so hervorzuheben, daß sie zu Zusammenstößen führen. Daß wir, glaube ich, in dieser Hinsicht von unseren Wählern verstanden werden, zeigt der fortwährend steigende Stimmenzuwachs, den wir seit 1945 von Wahl zu Wahl erreichen konnten.

Aus dem Neutralitätsstatus, den wir eingegangen sind, erwachsen uns besondere Verpflichtungen. Es gibt keinen Sozialdemokraten in Österreich, der die Verpflichtung zur Neutralität anders als militärisch verstanden haben will. Weltanschaulich, kulturell und gefühlsmäßig steht Österreich im Lager der Freiheit, im Lager der Demokratie und im Lager des Westens. Diese Grundsätze sind für uns unumstößlich. Wir Österreicher verfolgen mit größter Anteilnahme die sich abzeichnende weltpolitische Befriedung, die durch die Entschärfung des kalten Krieges gekennzeichnet ist. Es gibt Lichtblicke, die den politischen Horizont erhellen: Bemühungen um die friedliche Verwendung der Atomenergie, die Abkehr vom Persönlichkeitskult, die sowjetischen Abrüstungsmaßnahmen, wenn sie ehrlich erfolgen, der Teilabbau des Eisernen Vorhangs an den österreichischen Grenzen, die Lockerung des Polizeiregimes in einzelnen Ländern der Volksdemokratie.

Wir Sozialisten wissen, welche Stellung wir zu beziehen haben. Wir Sozialisten Österreichs werden in Zukunft — das kann ich dem Parteitag unserer deutschen Bruderpartei versichern — wie in der Vergangenheit die Garanten für die Erhaltung der demokratischen Freiheit unseres Landes und die Wächter am Eisernen Vorhang sein. Wir werden unsere ganze Kraft für

die Besserung der sozialen Stellung der arbeitenden Menschen einsetzen, so wie bisher, und wir österreichischen Sozialisten wünschen aus ganzem Herzen, daß es der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gelingen und vergönnt sein möge, die Einigkeit zwischen West- und Ostdeutschland zu erreichen, Freiheit und Wohlstand zu sichern und damit dem deutschen Volk den ihm gebührenden Platz in der europäischen Völkerfamilie zu sichern. Wir österreichischen Sozialisten sind davon überzeugt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf dem richtigen Wege ist, dieses Ziel zu erreichen, und aus diesem Grunde begleiten die deutschen Genossinnen und Genossen die heißen Wünsche der Sozialisten Österreichs auf diesem Weg.

In diesem Sinne begrüße ich den Parteitag namens der österreichischen Partei und wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Mellies: Es spricht noch unser Senior, Dr. Rudolf Wissell (Beifall).

Rudolf Wissell: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Weg, den ich zum Rednerpult machen mußte, war der längste unter denen, die die vorhergehenden Redner gemacht haben. Dafür wird meine Rede aber auch die kürzeste sein. Ich werde keine Rede halten. Ich werde einen Gruß und eine Mahnung an Sie richten. Da steht die Fahne, die auf dem Sarg von Lassalle und auch von Schumacher gelegen hat. Ich habe unter dieser Fahne vor drei Jahren bei der Hamburger Partei ein neues Banner weihen müssen. Die Fahne ist das Sinnbild der Treue, der Beharrlichkeit, des unerschütterlichen Willens weiterzuarbeiten im Interesse der arbeitenden Massen des Volkes.

Genossen! Ich stehe am Spätabend meines Lebens. Ich weiß nicht, ob das Schicksal es mir beschieden hat, noch einmal an einem Parteitag teilzunehmen. Ich will daher zunächst die Alten grüßen, die in den letzten Jahren mit mir noch zusammengearbeitet haben. Die ganz Alten, ja, sie sind dahingegangen. Wenn ich in eine Straße komme: Die alten Häuser noch, die alten Straßen noch, die alten Freunde noch, die sind nicht mehr. In diesem Gefühl, daß es so ist, empfinde ich, je weiter ich in meinen Lebensjahren fortschreite, so etwa, als ob man hinaufsteigt in eine einsame immer kälter werdende Region. Von denen, die einmal mit mir zusammen in den letzten Jahren der Sozialistengesetze gearbeitet haben, ist keiner mehr da. Ich glaube, ich bin, jedenfalls in diesem Raume, der einzige, der den Parteitag in München im Jahre 1902 als Delegierter besucht hat.

Ich glaube, auch von denen, die mit mir als Volksbeauftragte tätig waren, lebt, allerdings im Ausland, nur noch einer, der damals mit der Justiz beauftragt war, und ich glaube, es lebt auch keiner mehr von den ersten, die mit mir in den beiden Kabinetten — zunächst Scheidemann und dann Hermann Müller — tätig waren. Alle haben sie die Augen schließen müssen und sind den Weg gegangen, der uns allen ja einmal bestimmt ist. Ich habe das Gefühl, daß das auch mir schon bald beschieden sein kann, und darum eine Mahnung, vor allem an die Jugend: Bleibt treu, dann habt Ihr die Kraft, in unermüdlicher Beharrlichkeit, ohne Schranken der Partei zu dienen. Wenn Ihr das tut, dann tut Ihr das Richtige.

Mit diesem Wunsch an Euch alle möchte ich schließen, und dann vielleicht doch noch: Auf ein Wiedersehen! (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Wilhelm Mellies: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Genossinnen und Genossen! Zunächst habe ich eine organisatorische Mitteilung zu machen. Vom Quartierbüro wird mitgeteilt, daß eine Anzahl Quartierkarten noch nicht abgeholt ist. Die Delegierten, die die Quartierkarten nicht in Anspruch nehmen wollen, weil sie inzwischen anderweitig Quartier gefunden haben, werden dringend gebeten, das doch dem Quartieramt möglichst bald mitzuteilen, damit es Klarheit und Übersicht hat.

Genossinnen und Genossen, es allen recht zu machen ist bekanntlich eine Kunst, die niemand kann. Mir ist mitgeteilt worden, daß Beschwerde darüber geführt worden sei, daß eine Organisation nicht genannt wurde. Ich bitte daran zu denken, daß ich in meiner Begrüßung ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß es kaum möglich ist, die gesamten Organisationen und alle geladenen Gäste zu begrüßen. Hätte ich das tun wollen, hätte ich eine Liste von über 80 Namen vorlesen müssen von geladenen Gästen und Organisationen. Die Eröffnungsansprache auf einem Kongreß hat ja auch ihre Grenze, die man nicht überschreiten soll. Wenn ich eine Organisation herausgreifen und eine andere weglassen würde, würde das eine Wertung der Organisationen gegeneinander bedeuten, die dem Parteivorstand nicht zusteht. Wenn ich die Gewerkschaften und Genossenschaften erwähnt habe, dann darf ich darauf hinweisen, daß das aus den Notwendigkeiten, die vor allem nach 1945 entstanden, Tradition auf dem Parteitag geworden ist, wie es ja beispielsweise auch Tradition geworden ist, daß der Vertreter der österreichischen Bruderpartei immer zuletzt spricht, obwohl er eigentlich nach dem Alphabet eher drankommen müßte. Bei dieser Gelegenheit darf ich um Entschuldigung bitten, daß ich die Begrüßung des Genossen Franz Peyerl aus Salzburg übersehen habe. Ich hole das hiermit in aller Form nach.

Dann darf ich ein Wort des Dankes sagen an den Chor der Münchener Philharmoniker, der unsere Tagung so wundervoll eingeleitet hat, und ebenso ein Wort des Dankes an die Organisten (Beifall).

Mein Dank, Genossinnen und Genossen, gilt vor allem aber unserem Rudolf Wissell, daß er dem Parteitag diese ergreifenden Minuten geschenkt hat. (Stürmischer Beifall.)

Weiter darf ich danken all jenen, die unseren Parteitag begrüßt und ihm die guten Wünsche überbracht haben. Wir freuen uns, daß die Vertreter der Gewerkschaften und Genossenschaften hier dokumentieren konnten, wie aufgeschlossen die Sozialdemokratische Partei den Problemen dieser Organisationen gegenübersteht. Wir haben auch aus den Ausführungen unserer ausländischen Freunde gehört, daß in den einzelnen Ländern die Dinge etwas verschieden liegen und daß es überall Schwierigkeiten gibt. Ich glaube aber, das Entscheidende bei all diesen Ausführungen war doch der Grundton, der mitschwang: Wir Sozialisten werden vor diesen Schwierigkeiten nicht kapitulieren, sondern wir werden unsere ganze Kraft daransetzen, um im Sinne unserer alten Ideale weiterzuarbeiten. Das ist das, was die sozialistischen Parteien immer beseelen muß und was auch auf unserem Parteitag in den nächsten Tagen bei den Beratungen zum Ausdruck kommen muß. Ich glaube, die Begrüßungen, die wir gehört haben, waren ein wertvoller Auftakt für unsere Beratungen.

Dann habe ich noch einen Gruß zu übermitteln von einem Genossen aus Burma. Der Finanzminister von Burma, Bo Khin Maung Gale, befindet sich augenblicklich in Deutschland. Er war gestern in München. Einige von uns hatten Gelegenheit, ihn zu begrüßen. Er konnte leider nicht hier bleiben, obwohl es ihm eine besondere Freude gewesen wäre, wenn er als Sozialist auch unserem Kongreß hätte beiwohnen können. Er hat gebeten, seine herzlichsten Grüße und Wünsche dem Parteitag zu übermitteln (Beifall.)

Damit, meine verehrten Genossinnen und Genossen, stehen wir am Schluß des heutigen Tages. Der Parteitag setzt seine Beratungen morgen früh 9 Uhr fort. Erster Tagesordnungspunkt ist die Konstituierung des Parteitags. Zunächst werden wir das Präsidium zu wählen haben.

Und nun bitte ich um Aufmerksamkeit für die Musik. (Folgt Orgelvortrag.)

(Schluß: 18.30 Uhr)

ZWEITER VERHANDLUNGSTAG

MITTWOCH, DEN 11. JULI 1956

(Beginn: 9.05 Uhr)

Wilhelm Mellies: Genossinnen und Genossen! Die Beratungen des Parteitages sind wieder eröffnet. Wir haben zunächst das Präsidium zu wählen. Ich bitte um Vorschläge. — Genosse Vittinghoff!

KONSTITUIERUNG DES PARTEITAGES

Karl Vittinghoff (Vorsitzender des Bezirkes Hamburg-Nordwest der SPD): Genossinnen und Genossen: Für das Präsidium des Parteitages schlage ich vor als Vorsitzende Waldemar von Knoeringen-München (Beifall), Fritz Steinhoff-Hagen/Emst (Beifall), als Beisitzer Ida Wolff-Berlin, Albert Weber-Hessen-Nord, Maria Prejawa-Hannover, Werner Pusch-Südwest (Beifall).

Wilhelm Mellies: Werden weitere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag, den Genosse Vittinghoff gemacht hat, zustimmen will, den bitte ich das Handzeichen zu geben. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Vorschlag ist einstimmig angenommen. Ich bitte die Mitglieder des Präsidiums, hier Platz zu nehmen und die Leitung des Parteitages zu übernehmen.

Vorsitzender von Knoeringen: Genossinnen und Genossen! Namens des Präsidiums danke ich für das Vertrauen, das Sie eben ausgesprochen haben, diesen Parteitag, der in seiner Wichtigkeit uns allen bewußt ist, geschäftsordnungsmäßig zu leiten. Wir können die Unterstützung aller Delegierten bei diesem schweren Amt erwarten. Die Fülle des Stoffes kann nur bewältigt werden, wenn wir alle Selbstdisziplin üben und damit die Durchführung der Arbeiten in jeder Weise erleichtern.

Ehe wir in die Beratungen eintreten, habe ich eine besonders freudige Aufgabe zu erfüllen, und zwar möchte ich einem Geburtstagskind gratulieren. Unser Parteigenosse Herbert Wehner feiert am heutigen Tag — die Stunde ist mir nicht bekannt — seinen 50. Geburtstag. (Lebhafter Beifall.) Ich brauche nicht viele Worte verlieren. Wer Herbert Wehner ist, wissen wir alle. Er ist ein Mann unermüdlichen Fleißes und leidenschaftlicher Hingabe an die Sache der Partei, er ist ein guter Berater vor allem auf dem Gebiet der Außenpolitik, und wir wünschen ihm als Parteitag noch viele, viele Jahre und ein Alter, das an die Jahre unseres Genossen Wissell heranreicht. —

Dann, Genossinnen und Genossen, wollen wir mit der Arbeit beginnen. Ich bitte Sie, die dunkelrote Tagungsmappe zur Hand zu nehmen. Sie finden dort drei Vorlagen. Die erste Vorlage, über die Sie entscheiden müssen, enthält die Vorschläge zur Tagesordnung. Nach Art. 13 unserer Satzung muß die

Tagesordnung drei Monate vor dem Parteitag verkündet und dann noch dreimal veröffentlicht werden. Das ist geschehen. Ich frage den Parteitag, ob zu diesem Vorschlag für die Tagesordnung Einwendungen erhoben werden. — Das ist offensichtlich nicht der Fall. Wir kommen dann zur Abstimmung. Die Abstimmung wird vollzogen durch das Emporheben der Delegiertenkarte. Ich bitte, die Delegiertenkarte immer so griffbereit zu halten, daß sie sofort gezückt werden kann. — Wer für die Tagesordnung ist, bitte ich die Delegiertenkarte zu zeigen. — Danke schön. Dagegen? — Niemand. Stimmenthaltungen? — Keine. Ich stelle fest, daß damit die Tagesordnung einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zur Vorlage Nr. 2: Geschäftsordnung für die Verhandlungen des Parteitags. Diese Geschäftsordnung ist übernommen aus den früheren Parteitagen; sie muß präzise durchgeführt werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Referenten eine Stunde Redezeit haben, die Diskussionsredner je zehn Minuten und daß für Geschäftsordnungsdebatten je fünf Minuten zur Verfügung stehen, wobei nur zwei Redner sprechen können, einer für und einer gegen den Antrag.

Ich darf jetzt, wenn Einwendungen nicht erhoben werden, über die Geschäftsordnung abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich die Delegiertenkarte zu zeigen. — Dagegen? — Niemand. Enthaltungen? — Keine; einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zur Vorlage Nr. 3: Arbeitsplan des Parteitages. Der Arbeitsplan des Parteitags liegt Ihnen allen vor; er ist bekannt. Einwendungen werden nicht erhoben. Darf ich damit gleich die Zustimmung voraussetzen und feststellen, daß der Arbeitsplan angenommen ist? — Ich möchte zugleich hier bemerken, daß bis Freitag 9 Uhr 30 vormittags die Vorschläge für die Neuwahl eingereicht sein müssen.

Damit sind die drei Vorlagen beendet. Wir müssen nun noch eine Mandatsprüfungskommission wählen. Ich bitte um Vorschläge. — Das Wort hat Genosse Vittinghoff.

Vittinghoff: Genossinnen und Genossen! Für die Mandatsprüfungskommission schlage ich vor: Georg Buch-Hessen-Süd, Erich Deppermann-östliches Westfalen, Karl Weber-Pfalz, Walter Lurgenstein-Schleswig-Holstein, John van Nes Ziegler-Mittelrhein, Ferdinand Drexler-Franken, Karl Klages-Braunschweig, Hermann Lückel-Rheinessen, Alfred Nau für den Parteivorstand.

Vorsitzender von Knoeringen: Sie haben diese Vorschläge gehört. Werden noch weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Darf ich nun abstimmen? Wer dafür ist, den bitte ich, die Delegiertenkarte zu zeigen. — Dagegen? — Stimmenthaltungen? — Die Mandatsprüfungskommission ist einstimmig gewählt. Ich bitte dann die Mandatsprüfungskommission, zu ihrer Sitzung zusammenzutreten. — Es wird mir soeben gesagt, das soll geschehen nach dem Referat von Erich Ollenhauer.

Damit ist der erste Punkt unseres Arbeitsplanes für heute, Konstituierung des Parteitages, abgeschlossen.

Zur Geschäftsordnung Genosse Möller!

Walter Möller (Frankfurt a. M.): Genossinnen und Genossen! Es handelt sich um eine kleine Anregung, die einige Delegierte aus Hessen-Süd dem Parteitag

geben möchten. Wir würden es begrüßen, wenn der Parteitag, an eine bei der Partei beliebte Sitte anknüpfend, für den Parteitag eine Antragsprüfungskommission bestellen würde. Wir sind der Meinung, daß das zweckmäßig ist, weil mit der Frage der Erledigung der Anträge, d. h. in dem Maß, in dem man Anträge zur Abstimmung stellt oder durch bestimmte Entschlüsse Anträge für erledigt erklärt, gewisse politische Entscheidungen mit einbezogen sind. Wir glauben, daß diese Arbeit in erster Linie den Delegierten bzw. ihren Beauftragten obliegen sollte, und schlagen vor, eine Antragsprüfungskommission zu bestellen, und zwar aus jedem Bezirk der Partei einen Delegierten, und außerdem einen Beauftragten des Parteivorstandes, weil natürlich die Auffassung des Parteivorstandes in diesen Fragen gleichfalls sehr wichtig ist. Wir würden es begrüßen, wenn wir auf unserem Parteitag die alte Übung, die wir auch vielfach bei den Bezirksparteitagen haben, einführen würden.

Vorsitzender von Knoeringen: Zum Wort hat sich gemeldet der Genosse Ollenhauer.

Erich Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Die Übung auf unseren Parteitagen ist, daß Parteivorstand und Parteiausschuß sich mit den vorliegenden Anträgen beschäftigen und dem Parteitag ihre entsprechenden Vorschläge für die Erledigung der Anträge machen. Das ist auch in diesem Fall geschehen; Parteivorstand und -ausschuß haben alle Anträge besprochen und werden bei den einzelnen Punkten die Auffassungen ihrer Körperschaften darlegen. Für den Fall, daß es sich im Laufe der heutigen Debatte als zweckmäßig erweist, in den Fragen der politischen Entschlüsse eine solche neue Besprechung im Rahmen eines Ausschusses vorzunehmen, können wir eine solche Regelung treffen. Ich möchte anregen, die Entscheidung hierüber bis heute nachmittag zurückzustellen, bis wir wissen, wie der Verlauf der Diskussion ist.

Vorsitzender von Knoeringen: Sie haben den Vorschlag des Genossen Ollenhauer gehört. Ich möchte darüber abstimmen lassen, daß wir diesen Antrag bis heute nachmittag zurückstellen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Gegen einige Stimmen angenommen.

Dann, Genossinnen und Genossen, kommen wir zu Punkt 2 der Tagesordnung: „An der Wende der deutschen Politik.“ Dazu wird Genosse Erich Ollenhauer sprechen. Ich möchte gleich hier Ihr Einverständnis voraussetzen, daß Genosse Ollenhauer nicht an die in der Geschäftsordnung vorgesehene Redezeit von einer Stunde gebunden ist. Das Wort hat Genosse Erich Ollenhauer zu seinem Referat (Beifall).

„An der Wende der deutschen Politik“

Erich Ollenhauer: Meine Damen und Herren, liebe Freunde, Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst dem Parteitag dafür danken, daß er sich im voraus damit einverstanden erklärt hat, daß ich den ersten Verstoß gegen die Geschäftsordnung begehe, weil es sehr schwierig ist, die Fülle der